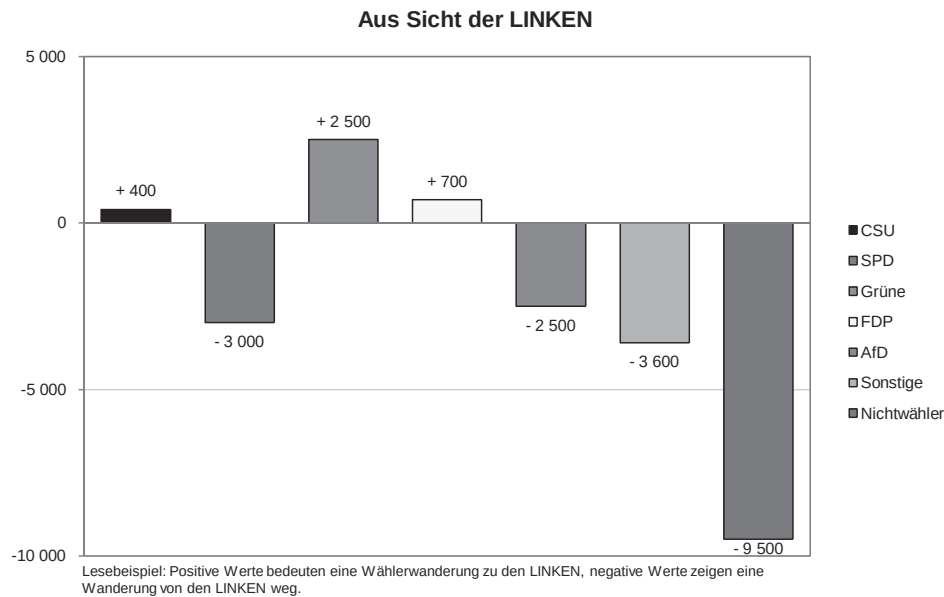


Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Wählerwanderungen bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 in München
Wählersalden aus Sicht der Parteien - Vorläufiges Zweitstimmenergebnis



- *Die Septemberwahlen: Rückwirkungen auf die Parteien und auf Regierungsziele – S. 4*
- *Landtagswahl in Hessen – erste Analyse – S. 6*
- *Mannheim: Bürgerentscheid knapp für Bundesgartenschau im Jahr 2023 – S. 12*
- *Europäische Arbeitsschutzpolitik in der Defensive – S. 17*
- *Wahlergebnisse der Linken in der Stadt München – S. 21*

Ausgabe Nr. 10 am 10. Oktober 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:



Demonstration gegen EU-Abschottung für Flüchtlinge am 5. Oktober in Freiburg/Brsg.

Erbärmlich.

Cornelia Ernst, Europaabgeordnete der Linken, Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zum EU-Innenministertreffen zur Flüchtlingspolitik am 8. Oktober:

„Die Ergebnisse zur europäischen Flüchtlingspolitik des heutigen EU-Innenministertreffens sind erbärmlich: Alles bleibt beim Alten. Die ewige Story vom Flüchtling als Bedrohung zeugt von neokolonialistischem Denken und nicht von europäischem Geist. Mit einer klaren Absage an mehr EU-interne Solidarität macht allen voran der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich klar, wohin die Reise für Flüchtlinge auch weiterhin geht: In eine Sackgasse, die im schlimmsten Fall mit dem Tod endet.“ Die Äußerungen Friedrichs im Vorfeld des heutigen Innenministertreffens bezeichnet Cornelia Ernst als „platten Populismus“ und „Zynismus im neokolonialen Gewand“ und spricht Friedrich jegliche Fähigkeit, Sachverhalte jenseits der nationalen Bühne beurteilen zu können, ab.

„Nichts als Lippenbekenntnisse“, seien das Ergebnis des Treffens, dem im Vorfeld vollmundige „Beteuerungen, von jetzt an endlich keine Flüchtlinge im Mittelmeer sterben zu lassen“, so Ernst. „Hinter den schwammigen Ankündigungen, eine Task Force zu gründen, steckt die eiskalte Taktik, Zeit zu gewinnen, bis sich die Wogen im wahrsten Sinne des Wortes geglättet haben. Das ist erbärmlich.“

Doch auch keine Beschlüsse seien aussagekräftig, so die Linkenpolitikerin weiter. „Mit dem Bekenntnis, Frontex unangetastet zu lassen und gegebenenfalls weiter auszubauen, zementiert die EU ihre europäische Flüchtlings- und Asylpolitik, deren Fundament die Abschottung und Kriminalisierung von Flüchtlingen ist.“ Die Linke plädiert für eine menschenrechtlich fundierte Asylpolitik. Cornelia Ernst: „Das heißt im Klartext: die Grenzschutzagentur Frontex abschaffen; die unfreiwillige Verschiebung von Flüchtlingen nach dem ungerechten Zuständigkeitsprinzip – der Dublin II-Verordnung – verbieten, faire Asyl-

verfahren sichern.“ Daneben gelte es, für eine gerechte Entwicklungszusammenarbeit, Weltwirtschafts- und Friedenspolitik auf europäischer Ebene einzutreten, die auch eine Beseitigung von Fluchtursachen zur Folge habe. „Um die Lebenssituation in den Herkunftsländern zu verbessern ist es erforderlich, endlich das Millennium-Entwicklungsziel der UN von 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden.“ so Ernst.

Nötig sei ein europäisches Seerettungs-Programm mit eigenen Institutionen und einem klaren Mandat: „Leben retten, und nicht die Außengrenzen Europas gegenüber Menschen in Not bis aufs Letzte zu verteidigen“, so Cornelia Ernst. Überwachungsdrohnen und Satellitentechnik im Rahmen des geplanten Überwachungssystems Eurosur retteten keine Menschenleben, so lange nicht geklärt sei, wer für die Rettung auf See zuständig ist. „Bei der Flüchtlingskatastrophe vergangene Woche mit mehreren Hundert Toten bestand das Problem ja nicht darin, das Boot zu orten, im Gegenteil: Fischerleute beteiligen sich heute kaum noch an der Rettung der Boote, weil sie sich in Italien damit wegen Schlepperei strafbar machen können“, so Cornelia Ernst weiter. Der Kampf gegen Schlepperei sei Teil des Problems, nicht der Lösung, so die Linkenpolitikerin abschließend. „Eurosur ist ein rund 340 Millionen Euro teures Investitionsprogramm für die Rüstungsindustrie. Überspitzt formuliert kann die EU dann prima via Satellitenübertragung aus dem Weltall dabei zusehen, wie die Flüchtlinge in ihren Nusschalen ertrinken.“ Strasbourg, 8. Oktober 2013

Mit Gauck ins volle Risiko?

www.bundespraesident.de. maf. Im Rahmen seiner Festrede zum Tag der Deutschen Einheit fragte Bundespräsident Gauck am 3. 10.13 in Stuttgart „Entspricht unser Engagement der Bedeutung unseres Landes?“. Das Land sei bevölkerungsreich, in der Mitte des Kontinents gelegen und die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, es habe Freiheit, Frieden und Wohlstand

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de



„Sich groß machen, sich klein machen?“ Gauck nach seiner Vereidigung am 12. Mai 2012, mit militärischen Ehren ins Schloss Bellevue begleitet.

sichern können. Wichtigstes Interesse sei nun, „diese politische Ordnung und unser Sicherheitssystem gerade in unübersichtlichen Zeiten zu erhalten und zukunftsfähig zu machen“. Es sei richtig zu fragen, ob Deutschland seine Verantwortung ausreichend wahrnehme etwa gegenüber den Nachbarn im Osten, im Nahen Osten oder am südlichen Mittelmeer. In eine rhetorische Frage verpackt bezog sich Gauck dann positiv auf das Streben der deutschen Diplomatie nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat, verband damit die Verpflichtung zum Engagement in ferneren Weltregionen, und meinte, da die BRD keine Insel sei, werde das Land von den politischen und ökonomischen, den ökologischen und militärischen Konflikten, nicht verschont bleiben, wenn es sich an deren Lösung nicht beteilige. „Ich mag mir nicht vorstellen, dass Deutschland sich groß macht, um andere zu bevormunden. Aber ich mag mir genauso wenig vorstellen, dass Deutschland sich klein macht, um Risiken und Solidarität zu umgehen.“ – Solidarität bezieht sich auf Beistand, der im vertraglich definierten Fall zu leisten ist. Riskant nennt man Unternehmungen oder Handlungen, zu deren Vortrieb man Mittel riskiert, um einen Vorteil zu erlangen. Ein gutes aktuelles Beispiel für den Unterschied findet sich in der Syrienpolitik. Aus dem Beitritt Syriens zur Chemiewaffenkonvention folgt die – solidarische – Verpflichtung der Vereinten Nationen, das Land bei der tatsächlichen Abrüstung zu kontrollieren und es dabei auch zu un-

terstützen. Ein Luftschlag etwa der USA, Frankreichs und Großbritanniens gegen Syrien wäre hingegen ein riskantes Unternehmen. Wenn es zu einer großen Koalition kommt, wird die Definition des außenpolitischen Stils der BRD vorhersehbar eine bedeutende Rolle spielen. Gegenwärtig ist der Handlungsspielraum der BRD nicht nur durch Größe, Lage, Wirtschaftskraft und – hoffentlich – das Gewicht der öffentlichen Meinung eingeengt, sondern auch durch das Statut der Vereinten Nationen. Die BRD hat eben keinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat und damit auch nicht die damit verbundene Lizenz zur Kriegführung. Dabei sollte es bleiben.

<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2013/10/131003-Tag-deutsche-Einheit.html>

Problem für Grün-Rot: Versprochen, gehalten

Normalerweise kritisiert die Opposition das Regierungshandeln gerne mit „versprochen – gebrochen“. Jetzt muss die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg erleben, dass beträchtliche Teile der betroffenen Bevölkerung und auch die Opposition von CDU und FDP sie angreifen, weil sie ein Wahlversprechen eingehalten hat.

Das Kabinett hat jetzt den Gesetzesentwurf für den Nationalpark Nordschwarzwald beschlossen. Das Projekt ist fachlich umstritten: Kurz zusammengefasst behaupten die Grünen, dass

hier ein großes Stück Land „der Natur“ zurückgegeben würde. Der Einwand der Kritiker ist, damit würde einer gewachsenen Wirtschaftsstruktur aus Holz- und Landwirtschaft sowie Tourismus die Grundlage entzogen. Inzwischen wird deutlich, dass es zunächst einmal nicht um „Natur“ geht, sondern um die Verteilung öffentlicher Mittel. (Hier sei nur am Rande auf die Schwierigkeit der Bestimmung von „Natur“ hingewiesen, ganz allgemein gesprochen, eine begriffliche Abstraktion im menschlichen Denken der zahlreiche Bereiche – Wissenschaft, Kultur und Religion – berührt.)

Bevor der Beschluss des Kabinetts zustande kam, gab es beträchtlichen Streit zwischen den Koalitionsparteien Grüne und SPD. Die SPD stellt den Finanzminister, Nils Schmid, der fand alles zu teuer und sah durchaus problematische langfristige Wirkungen auf den Haushalt des Landes. Der grüne Minister, Alexander Bonde, wollte 95 zusätzliche Stellen für Ranger und anderes Personal, das hätte den Landshaushalt auf absehbare Zeit mit mindestens rund 9 Millionen Euro jährlich dauerhaft belastet. Dazu sollten nochmal mehrere Millionen „Anschubfinanzierung“ für Gebäude kommen, ein Besucherzentrum, Einlasskontrollen und ähnliches sind vorgesehen.

Die Grünen gaben etwas nach, das Personal beginnt zunächst mit 62 Stellen, davon soll die Hälfte durch „Umschichtung“ im Landwirtschaftsministerium gewonnen werden. 2015 wird dann aber doch auf 89 Förster, Biologen, Touristiker und andere Fachkräfte aufgestockt – damit diese Zahlen im Haushalt nicht so brutal aufscheinen, werden sie im Naturschutzetat allgemein gebucht, der wird aber dafür in den nächsten Jahren jeweils um sechs Millionen Euro erhöht.

Damit tritt neben die fachliche Kritik und der Kritik an der Missachtung des Bürgerwillens das finanzielle Problem. (Wir hatten in den Politischen Berichten Nr. 6/2013 über eindeutige Abstimmungen der Betroffenen und den wissenschaftlichen Hintergrund bereits berichtet.) Die grün-rote Landesregierung sagt zwar immer wieder, dass sie die Schuldenbremse des Grundgesetzes im Auge habe, insbesondere Ministerpräsident Kretschmann betont das. Aber bislang ist in den Haushalten der grün-roten Regierung eine wachsende Nettokreditaufnahme enthalten, obwohl Baden-Württemberg zu den wirtschaftlich stärksten Bundesländern gehört und die Steuereinnahmen deutlich angestiegen sind.

Spannend wird es werden, wenn die SPD in eine Bundesregierung mit der Union geht: kann sie es dann noch aushalten, das Land für grüne Projekte zunehmend zu verschulden?

Alfred Küstler

Rückwirkungen auf die Parteien und auf Regierungsziele

Binnen acht Tagen standen zunächst die bayerische Landtagswahl an, terminlich verbunden mit den Wahlen zu den bayerischen Bezirkstagen und fünf Volksentscheiden zur Änderung der Landesverfassung, Sonntag darauf folgte die Bundestagswahl gleichzeitig mit der hessischen Landtagswahl und dem Hamburger Bürgerentscheid zum Erwerb der Energienetze. Die Wahlentscheidungen lösen ein Blitzlichtgewitter politischer Impulse aus, die in der Strategiediskussion der Parteien, in der Arena der öffentlichen Meinung und nicht zuletzt bei der Ausformulierung von Regierungsprogrammen wirksam werden.

Der schwelende Europa-Konflikt, die AfD, die Freien Wähler, die FDP

Fast schon vergessen ist die Genese von Aufstieg und Fall der FDP. Sie setzte zum Höhenflug an als Partei der Besserverdienenden. Da der politische

Liberalismus eigentlich der Ordnung des freien Wettbewerbs verpflichtet ist, führte die versprochene Bedienung von Interessengruppen zum Normenkonflikt. Die Idee der rücksichtslosen Realisierung momentaner Vorteile wurde auf die Europapolitik übertragen. Es kam, heute fast schon vergessen, zu einem Mitgliederentscheid, der im Erfolgsfall der Europapolitik der Regierungskoalition den Garaus gemacht hätte. Der Text des Antrags (www.mitgliederentscheid.fdp.de) zeigte eine gnadenlose Ausschlechtermentalität, die in der Union einige Unterstützung fand und in Bayern den Freien Wählern Nahrung bot. Parlamentarisch hatte die Regierung Merkel mehrfach die Unterstützung durch die SPD nötig. Die in unzähligen Umfragen gemessene Popularität einer großen Koalition hat hier einen politischen Ankergrund, den Bürgerinnen und Bürgern ist an der Stabilisierung der EU und der

Eurozone gelegen. Die Polemik gegen die „Schuldenunion“ hat in Verbindung mit der Erfahrung der Finanzspekulation gegen einzelne Staaten in der BRD eine sehr breite öffentliche Meinung für den Abbau der Staatsschulden erzeugt. Parallel zu den Landtagswahlen stimmten in Bayern 89% der Wähler der Aufnahme einer sogenannten Schuldenbremse in die Verfassung zu. (www.wahlen.bayern.de/volksentscheide/2013_eri-voe_4.pdf).

Dass es sich bei der Europa-Kontroverse in der FDP um einen bedeutenden innerreligiösen Konflikt gehandelt hat, lässt sich aus dem lebhaften Zuspruch und Zulauf schließen, den die AfD erfuhr. In diesem Dunstkreis sammelten sich neben wirtschaftsnahen Politikern auch ein Kreis von Wirtschaftswissenschaftlern, während die einen an der Destabilisierung der Eurozone verdienen möchten, halten die ande-

SPD-Generalsekretärin Nahles: „Auf der Suche nach gemeinsamen Lösungskorridoren“

(7. Oktober) Am 14. Oktober werden SPD und Union zum zweiten Mal zu Sondierungsgesprächen zusammenkommen. Der SPD-Parteikonvent soll dann am 20. Oktober die Ergebnisse bewerten und zu möglichen Koalitionsgesprächen mit CDU/CSU ein bindendes Votum abgeben. „Noch ist nichts entschieden“, sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am Montag im Berliner Willy-Brandt-Haus.

Nahles erklärte, dass beim ersten Sondierungsgespräch mit der Union am 4. Oktober „erste gemeinsame Positionen, aber auch strittige Punkte“ identifiziert worden seien. Beim nächsten Sondierungsgespräch am 14. Oktober werde nun geprüft, ob „gemeinsame Lösungskorridore“ für die Herausforderungen Deutschlands gefunden werden können. Hierbei gehe es unter anderem um konkrete Fragen rund um Europa, die Neuordnung des Arbeitsmarktes, Altersarmut sowie um Gleichstellungs-, Familien- und Integrationspolitik.

Auch warnte die Generalsekretärin davor, sich zeitlich unter Druck zu setzen. Der Parteitag vom 14. bis 16. November dürfe „auf keinen Fall als Grenzlinie für mögliche Verhandlungen gewertet werden.“ Wenn über

einen Koalitionsvertrag verhandelt werden sollte, gehe es „um Inhalte“ und dafür brauche man „genügend Zeit.“

CDU-Generalsekretär Gröhe: „Es macht Sinn und es ist notwendig, weiter zu sondieren“

(4. Oktober) „Wir haben gemeinsam in guter, sachlicher und konstruktiver Atmosphäre die großen Herausforderungen unseres Landes in den Blick genommen“, erklärte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. In den Gesprächen seien „durchaus Gemeinsamkeiten, aber auch wichtige Unterschiede deutlich geworden“, so Gröhe weiter.

„Es macht Sinn, und es ist notwendig, weiter zu sondieren“, so Gröhe.

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt fügte hinzu, man habe „sehr ordentliche, sehr vernünftige Gespräche“ geführt, in denen der „ernste Wille“ aller Beteiligten zu spüren gewesen sei. Die Gespräche seien durch den gemeinsamen Willen geprägt gewesen, „nicht nur die Unterschiede, sondern auch die Gemeinsamkeiten“ beider Seiten auszuloten. Die gute Atmosphäre der Gespräche habe auch gezeigt, dass „alle mit großem Verantwortungsbewusstsein an die Sache gehen“, so Alexander Dobrindt.

CSU-Generalsekretär Dobrindt: Klare Absage an Steuererhöhungen

(Bayernkurier vom 5. Oktober 2013)

Die CSU bleibt in der Finanzpolitik auf Kurs. Auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin gilt für uns weiter unser „Bayernplan“ mit der klaren Absage an Steuererhöhungen. Wir haben vor der Wahl gesagt, dass der Staat mit seinen Einnahmen auskommen muss. Das gilt auch nach der Wahl. Eine Anbiederung der CSU an mögliche Koalitionspartner wird es nicht geben. Wir stehen für einen Verzicht auf Steuererhöhungen und für solide Finanzen.

Das Wahlergebnis ist nicht nur eine Abstimmung über die Zusammensetzung des Bundestages. Es ist zugleich eine Abstimmung über die künftige Politik für Deutschland. Und es ist eindeutig, dass die Mehrheit gegen Steuererhöhungen votiert hat. Die SPD kann jetzt nicht so tun, als hätte sie ein Mandat von der Bevölkerung, um Steuererhöhungen einzufordern.

Die CSU wird den Versuch nicht akzeptieren, das Wahlergebnis umzudeuten. Wir haben ein klares Votum der Bevölkerung für die Politik der Union bekommen. Es wird Zeit, dass die SPD aufwacht und sich der Realität stellt. Auch Parteien, die bei einer Wahl gescheitert sind, haben eine staatspolitische Verantwortung. Das darf die SPD nicht vergessen!

ren die Rettung des Euro für unmöglich. Die Entzweiung in Euro-Gegner und Euro-Retter hat die FDP unter die 5% gedrückt und die AfD nicht über die 5% gehoben. Innerhalb der Euro-Gegner gelang es der eher distinktiert gekleideten AfD mit 4,7% die eher hemdsärmelig auftretenden Freien Wähler zu deklassieren. Aiwangers Partei erreichte im Bund nur 1% und selbst in Bayern nur 2,7%. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass gerade diese Wenigen der AfD zum Einzug in den Bundestag gefehlt haben.

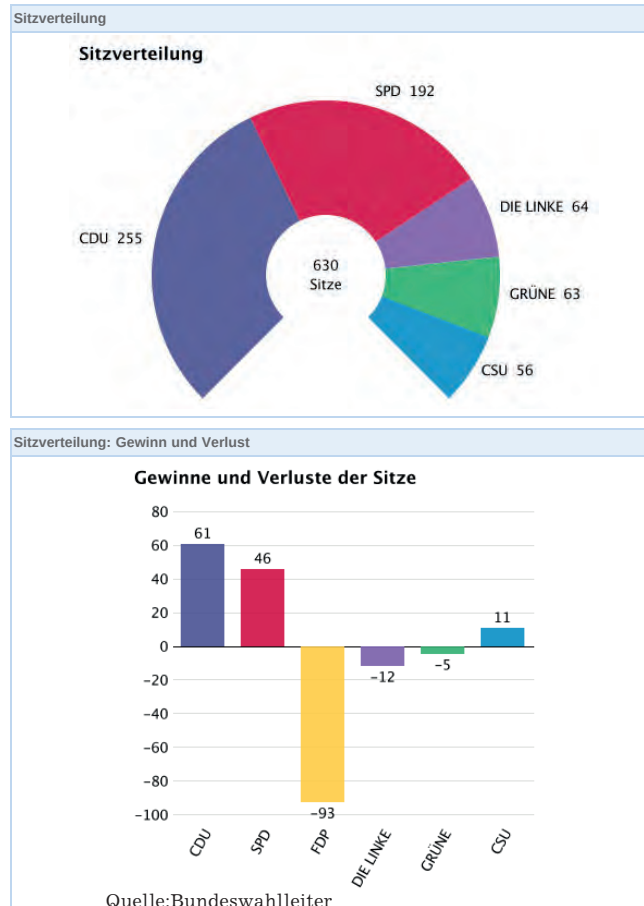
Anders als die AfD ist die FDP in einer ganzen Reihe von Landtagen vertreten. Aber die entsprechenden Wahlerfolge ergaben sich vor der parteipolitischen Desintegration des Liberalismus durch das Aufkommen der AfD. Bei der Landtagswahl in Hessen kam die FDP nur ganz knapp auf die 5%, die AfD erzielte dort 4,0% und die Freien Wähler 1,2%.

Das Bundesverfassungsgericht hat bei den Europawahlen die Sperrklausel von 5% gekippt; sie wurde jetzt vom Bundestag auf 3% herabgesetzt. Wahltermin ist im Juni 2014. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob der politische Liberalismus eine von einer Wohlfahrtsvorstellung getragene Strategie auf die Beine stellen und die klientelistischen Tendenzen einhegen kann. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass die AfD sich in Inhalt und Stil nach rechts öffnet. Sie muss bei den Europawahlen über die 3% kommen, während die Freien Wähler diese Chance wohl nicht mehr haben.

Stabilität! Die Botschaft des bayerischen Wahlergebnisses

Da wir in dieser Ausgabe eine umfangreiche Ausführungen zur Interpretation des bayerischen Wahlergebnisses an Hand der Münchner Ergebnisse liefern, sollen kurze Hinweise genügen. Das bayerische Wahlrecht ist kompliziert, z.B. werden zur Ermittlung der Sitze Erst- und Zweitstimmen zusammengezählt, es gibt aber auch Direkt- und Überhangmandate. Stimmensplitting wird nicht begünstigt, das Wahlrecht kann zur Erklärung des Niedergangs der FDP (2008: 8,0%, 2013: 3,3%) nicht herangezogen werden. Erhebliche Auswirkungen hatte die 5%-Klausel für das Landtagswahlergebnis der Linken (2,1%). Der Erfolg der CSU hat dennoch mit einer Besonderheit der bayerischen Statuten zu tun. Das relativ gut ausgebaute Ver-

Vorläufiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013



fahren der Volks- und Bürgerentscheide ermöglicht eine Kombination von „starker, geschlossener Mehrheit“ und „Korrektur durch den Bürger“. Interessanterweise deutet sich eine solche Kombination auch in Hamburg an, wo die SPD die absolute Mehrheit hat und durch Volksentscheid zum Ankauf der Energienetze gezwungen wurde.

Die Regierungsbildung im Bund

Während die Regierungsbildung in Bayern im Lauf der Woche abgeschlossen sein wird, besteht in Hessen eine Verhandlungssituation. Hier hat nicht nur die FDP die 5% geschafft, sondern auch die Linke, die sogar in den Verhandlungen um die Regierungsbildung eine Rolle spielt. Wir hoffen in der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift auf einen ausführlichen Bericht (ein erster Einblick gibt der nachfolgende Wahlbericht von Benjamin Hoff).

Die Verhandlungen, die Frau Merkel als Kanzlerin der geschäftsführenden Regierung führt, können sich lange hinziehen. In diesen Verhandlungen mischen sich Fragen an die Regierungspolitik mit Problemen der inneren Stabilisierung der Parteien, die hier mit Blick auf die Grünen und auf die SPD zunächst angesprochen werden sollen.

Die Grünen sehen sich selbst als die großen Verlierer der Wahlen. Das Wahlergebnis hat bei den Grünen den ohnehin fälligen Generationswechsel be-

schleunigt. Dabei werden nicht nur Menschen in den Ruhestand versetzt, es werden auch politische Erfahrungen ad acta gelegt: Der autoritäre, von den Strukturen des Kaiserreichs und dann des Faschismus geprägte Staat und die dazu passende Familie. Die unvollendete Gleichberechtigung der Frauen. Die strafrechtliche Verfolgung der Homosexualität. Der Vietnamkrieg. Die Situation der Blockkonfrontation. Die Durchsetzung der Atomtechnologie. Die Erfahrung der Berufsverbote. Die Fremdenfeindlichkeit des Konservatismus („Deutschland kein Einwanderungsland“) – heute noch erlebte Erfahrungen der Akteure, die im politischen Diskurs mitschwingen, gerinnen zur Geschichte. Das gilt selbst für den Anschluss der DDR an die BRD.

Der Generationswechsel berührt alle Parteien, die Grünen berührt er in besonderer Weise, weil das Geflecht der politischen Kompromisse im weiten Feld zwischen Linksalternativen und anthroposophischen Esoterikern nicht durch politische Theorien und Programme zusammengehalten wird, sondern verkörpert. Auf diese Weise konnten atemberaubende Wandlungen der politischen Doktrin vollzogen werden. So zum Beispiel der Wandel vom Pazifismus zum Interventionismus, von der staatskeptischen Ökonomie im kleinen Kreislauf zur staatswirtschaftlich-technischen Verflechtung der europäischen Energieversorgung, von der demonstrativen Anerkennung anderer Kulturen und Lebensweisen hin zum Anspruch der kulturellen Hegemonie. Wenn nun die Personen abtreten, die diesen Wandel verkörpern und damit auch die Erinnerung an frühere Zeiten, was bleibt dann? In diesem Wahlkampf versuchten die Grünen mit einem Rückgriff auf den links-alternativen Stoff ihrer Gründungszeit Wähler zu gewinnen. Das hat nicht funktioniert. Die nächsten Monate werden zeigen, um welche politischen Ideen sich die Partei gruppiert.

Die SPD hat, insbesondere unter dem Einfluss ihrer Generalsekretärin Frau Nahles, die Vernichtung der Linken oft und oft als Ziel ausgerufen. Da die Linke nicht nur knapp vor den Grünen in den Bundestag einziehen konnte, sondern auch in einem harten rot-grünen Lagerwahlkampf ihre Existenzberechtigung neben SPD und Grünen zugesprochen erhielt, ist die Bindekraft dieser Strategie schwach geworden. Die Sozialdemokratie muss in absehbarer Zukunft neben der Linken bestehen.

Die Union hingegen hat in den letzten Jahren ein beachtliches Programm der schonenden Modernisierung hingelegt. Sie hat den Traditionalismus, der das Leben vieler ihrer Wählerinnen und Wähler bestimmt, mit den Notwendigkeiten der Moderne zusammengebracht. Dabei waren ihre Bestrebungen in den beiden großen Kirchen hilfreich. Es ist dieser Kurs der schonenden Modernisierung, des Hinbiegens, des Tastens, der Bereitschaft zur schnellen Wende, für den die Wählerinnen und Wähler Frau Merkel und Herrn Seehofer belohnten. Der Verlust an Parteien, die dann außerhalb des Parlamentes blieben, ist dazu die Kehrseite.

Die Union muss koalieren. Gegenwärtig befindet man sich im Stadium der Sondierungsgespräche. Am Ende ist eine Koalition aus Union und SPD wahrscheinlich. Mit Blick auf die Parteiverhältnisse: Sie würde im Unionslager den Prozess der schonenden Modernisierung – anders als ein Verbündnis mit den Grünen – nicht strapazieren. Die Vereinbarung von Zielen mit Blick auf soziale Mindeststandards ist zwischen Union und SPD in vielen interessanten Punkten möglich, so im wichtigen Bereich Altersvorsorge, Rente, Pflege. – Für die wirtschaftlich-technische Realisierung der Energiewende braucht die künftige Regierung oftmals die Zustimmung des Bundesrates, eine Union/SPD-Regierung bekäme die leichter. Auch auf dem Gebiet der Euro- und Europapolitik tun sich in dieser Kombination keine unüberwindbaren Hürden auf. Leichter als mit den Grünen würde sich die Union auch in der Infrastruktur- und Verkehrspolitik mit der SPD treffen können.

Der Reiz einer schwarz-grünen Regierung läge für die Union vor allem in der Aussicht, die Grünen an der Kehrseite der Energiewende vorzuführen, vom Endlager, vorbei an Windparks und Überlandleitungen bis hin zum häuslichen Strom- und Energiekostenzähler. Ähnlich wie eine Koalition mit der SPD der Dämpfung der Konfliktbereitschaft gewerkschaftlicher und sozialer Bewegungen dienen kann, geht es hier um die Einhegung der Ökobewegungen.

Opposition ist Mist – ! – ?

Für die SPD gilt das auch jetzt uneingeschränkt. Sie kann ein ernsthaftes Angebot der Bundeskanzlerin nicht ausschlagen. Ein solches Angebot würde vielen Zielen der SPD-Wählerschaft entgegenkommen, eine solche Regierung würde für soziale Forderungen offener sein als eine Koalition aus Union und Grünen.

Für die Grünen sieht das anders aus. Sie haben einen programmatischen Findungsprozess vor sich, der sich in Kritik an der laufenden Regierungspolitik viel leichter entwickeln kann.

In der Opposition kann die Partei auch ihre Verbindung zu den neuen sozialen und ökologischen Bewegungen unbeschwerter pflegen.

Ähnliches gilt für die Linke. Sie kann effektiv und sorgfältig die Regierungspolitik auf soziale Ungerechtigkeiten abklopfen, sie kann auf die SPD sachlich-kritisch Druck ausüben und wirken. Sie hat dann auch die Chance, an einer tragfähigen linken Europapolitik zu arbeiten, ihr bleibt die Möglichkeit, sich als Bürgerrechtspartei und Partei der interkulturellen Solidarität zu bewähren und Alternativen zur militärischen Interventionspolitik zu entwickeln.

Die Politik in Ländern und Gemeinden

Wie auch immer die Koalitionsverhandlungen ausgehen mögen, jede Bundesregierung wird sich mit der Tatsache konfrontiert sehen, dass die wirtschaftliche Entwicklung zwischen den einzelnen Bundesländern ungleichmäßig verläuft und dass sie auch innerhalb

der Bundesländer in den Kommunen und Regionen verschieden ist.

Die rechtliche Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden entspricht vielfach nicht den Erfordernissen, ebenso nicht die Regeln zur Finanzierung etwa der Daseinsvorsorge durch die Kommunen. Noch nicht einmal die Methodik der Haushaltsführung ist einheitlich geregelt. Der Streit um den Länderfinanzausgleich liegt vor den Gerichten. Viele Bundesländer sind trotz Konjunktur in großen Haushaltsproblemen. Bereits bei der gegenwärtigen Regierungsbildung zeigen sich Landespolitiker wie Kraft, Kretschmann, Seehofer äußerst engagiert. Für die Linke könnten die Niederlagen in so vielen Landtagswahlen in den alten Ländern der BRD, aber auch der jüngste Erfolg in Hessen ein Ansporn sein, sich mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in den Kommunen, Regionen und Ländern auseinanderzusetzen.

Martin Fochler, Alfred Küstler

Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013 – Wahlbericht und erste Analyse

Benjamin-Immanuel Hoff
(gekürzt durch Redaktion)

Die politischen Parteien in Hessen nach der Landtagswahl

Den Parteien im hessischen Landtag stehen nach der Landtagswahl schwierige Verhandlungen bevor. Weder die CDU noch SPD und Grüne können ihre Koalitionswünsche umsetzen. Obwohl sich die Union verbessern und ihr bisheriger Koalitionspartner FDP gerade so erneut in den Landtag retten kann, erreichen die traditionellen politischen Lager schwarz-gelb einerseits und rot-grün andererseits keine eigenständige Mehrheit.

Die CDU konnte gegenüber der Landtagswahl 2009 um 1,1% zulegen und behauptet sich mit 38,3% als stärkste Partei im Land.

Der bisherige Koalitionspartner FDP ist innerhalb von zwei Wochen aus dem bayerischen Landtag und dem Bundestag geflogen. In den hessischen Landtag retten sich die Liberalen nach einem Wahlkrimi, der erst um kurz vor 3 Uhr morgens beendet war. Mit genau 5,0% und 6 Abgeordneten wird die Partei zwar nicht mehr in der Regierung, aber noch im Parlament vertreten sein.

Die SPD erreicht nach dem dramatischen Absturz von 2009 wieder ein Ergebnis um die 30%. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialdemokraten ihr drittschlechtes Ergebnis seit 1946 erhalten haben. Die 30,7% des Jahres 2013 liegen nur 1,6% über dem Wert von 2003. Die Stabilisierung der hessischen SPD findet auf einem sehr niedrigen Niveau statt.

Die Grünen verlieren gegenüber 2009 und können ihren Anteil zum angestrebten Ziel einer rot-grünen Landesregierung nicht beitragen. Sie fallen zurück auf das Niveau der Landtagswahl von 1995 (11,2%).

Der hessischen Linken gelingt, nach einer Zitterpartie bis spät in die Nacht, zum dritten Mal in Folge der Einzug in den Landtag. Die Wählerinnen und Wähler in Hessen honorierten die solide Arbeit der Partei, doch die Kreditlinie ist äußerst begrenzt. Die Landespartei ist ein konstanter politischer Faktor in der hessischen Landespolitik geworden – eigenständig und sozial profiliert. Dennoch hat die Partei in fast allen Wahlkreisen Verluste von um die 0,4% hinnehmen müssen, die nur in einzelnen Wahlkreisen durch überdurchschnittliche Zuwächse soweit ausgeglichen werden konnten, dass sich die Partei letztlich auf 5,2% stabilisieren konnte.

Zu den Wahlkreisen, in denen Die Linke zulegen konnte, gehören vor allem die Wahlkreise um den Flughafen Frankfurt am Main. Ohne dies in dieser Wahlnacht valide beweisen zu können, spricht doch einiges dafür, dass die konsequente Haltung der Linken gegen den Flughafenausbau und die Personalisierung dieses Protests in der Spitzenkandidatin der Landespartei den notwendigen Rückenwind für den Verbleib im Landtag gegeben hat.

Die Linke hat mit der Landtagswahl 2013 die Chance erhalten, in den kommenden fünf Jahren die weiterhin bestehenden Aufgaben des Parteaufbaus zu erledigen, um sich nicht nur als po-

litische Partei zu profilieren, sondern auch in der Fläche zu verankern.

Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl liegt mit 72% rund 10% höher als bei der vergangenen Landtagswahl. Die NPD und die Republikaner spielten auch bei dieser Landtagswahl keine Rolle.

Die großen Parteien und die politischen Lager nach der Hessen-Wahl 2013

Union und SPD haben sich zwar wieder stabilisieren können, doch zeigt auch diese Landtagswahl die nachgelassene Wähler/-innenbindung der sogenannten Volksparteien. Bei der Landtagswahl 2008 war der gemeinsame Wähler/-innenrückhalt auf 73,5% und damit den niedrigsten Stand seit 1954 abgesunken. Dieses Ergebnis wurde 2009 aufgrund der dramatischen Schwäche der SPD erneut unterschritten. Mit 60,9% Wähler/-innenbindung erreichten beide Parteien das niedrigste Niveau in der Nachkriegsgeschichte Hessens und konnten nicht einmal mehr zwei Drittel der Wähler/-innen in Hessen für sich gewinnen.

Demgegenüber erreichen beide Parteien bei der Landtagswahl 2013 zusammen 69% der Wähler/-innenbindung. Sie bleiben auch damit unter dem Niveau von 2008.

Je nach Betrachtungsweise haben die hessischen Wählerinnen und Wähler – nicht ohne Ironie – den Landesparteien eine zweite Chance eingeräumt oder das Leben besonders schwer gemacht.

Mit einem Verhältnis von 53 Sitzen (schwarz-gelb) zu 59 Sitzen (rot-grün-rot) ist nach der Landtagswahl 2013 exakt das Sitzverhältnis von 2008 reproduziert worden.

Dies bedeutet u.a.:

- Die Trennlinie verläuft – in Hessen wie im Bund – nicht mehr zwischen einem schwarz-gelben und einem rot-grünen Lager, sondern zwischen der Union, die sich im besten Falle auf die FDP stützen kann, und den Parteien SPD, Grünen und Linke.

- Dort, wo Die Linke sich als Partei etabliert hat, sind SPD und Grüne aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage eine Regierungsmehrheit zu bilden. Hieß es 2008 noch bei der Linkspartei: „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, so wird die hessische Linke künftig gebraucht, um gegen die Union etwas zu bewirken.

- Die Kräfteverhältnisse zwischen den beiden – in Hessen nicht mehr ganz so neuen – politischen Lagern haben sich erneut umgekehrt. Wie 2008 liegt das rot-grün-rote Lager vor dem bürgerlichen Lager.

Das hessische Parteiensystem ist geprägt durch eine Härte in der politischen Auseinandersetzung, die ihresgleichen in anderen Ländern sucht. Torsten Schäfer-Gümbel hätte in dieser Situation die Möglichkeit, durch

kluges Agieren den gordischen Knoten rot-grün-roter Regierungsunfähigkeit zu zerschlagen. Er sollte für die SPD sowohl die Einladung zu Sondierungsgesprächen mit der Union annehmen, als auch Gespräche mit Grünen und Linken führen und die hessische Spezialität vermeiden: Türen endgültig zuzuschlagen.

Das Wahlergebnis der Landtagswahl im Vergleich zum Bundestagswahlergebnis

Die Landtagswahl 2013 wurde parallel zur Bundestagswahl durchgeführt. Es bietet sich deshalb an, das Ergebnis der Landtagswahl mit dem Landesergebnis der Bundestagswahl zu vergleichen. Aus der vorstehenden Tabelle (hier nicht abgedruckt, d. Red.) lässt sich ablesen, dass SPD und Grüne in Hessen bei der Landtagswahl knapp 89 000 Wähler/-innen mehr auf sich vereinigen konnten, als bei der Bundestagswahl. Diese Wähler/-innen schienen dem rot-grünen Regierungsvorhaben mehr Chancen auf hessischer Landesebene als im Bund eingeräumt

Wähler/-innenwanderungen

Die Wählerstromanalyse von Infratest dimap spiegelt diese Befunde wieder. Die Tabelle ist wie folgt zu lesen: Die CDU kann naturgemäß mit der CDU keine Wähler/-innen austauschen, gibt aber an die SPD 29 000 Wähler/-innen ab. Diese sind mit einem Minus-Zeichen (-) vermerkt. In der SPD-Zeile sind diese 29 000 Stimmen positiv saldiert.

Die CDU gewinnt vor allem aus dem Lager der Nichtwähler/-innen und von der FDP sowie in kleinerem Maße von den Grünen. An die SPD gibt sie 29 000 Wähler/-innen ab und an die AfD 15 000. – Die SPD kann ebenfalls aus dem Lager der Nichtwähler/-innen neue Wähler/-innen gewinnen sowie von allen Parteien im Landtag. An die anderen Parteien und an die AfD gibt sie Stimmen ab. – Die FDP verliert an alle anderen Parteien und als einzige Partei auch an das Lager der Nichtwähler/-innen. – Die Grünen gewinnen und verlieren. Sie erhalten von der FDP und den Nichtwähler/-

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen in Hessen

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE.	Andere + (AfD)	Nichtwähl.
CDU	-	-29.000	75.000	5.000	-3.000	-6.000 (-15.000)	169.000
SPD	29.000	-	48.000	47.000	18.000	-4.000 (-7.000)	167.000
FDP	-75.000	-48.000	-	-17.000	-13.000	-21.000 (-20.000)	-9.000
Grüne	-5.000	-47.000	17.000	-	-10.000	-3.000 (-10.000)	32.000
DIE LINKE.	3.000	-18.000	13.000	10.000	-	-1.000 (-8.000)	23.000
Andere	4.000	2.000	17.000	3.000	1.000	30.000 (-20.000)	
AfD	15.000	7.000	20.000	10.000	8.000	20.000	31.000
Nichtwähler/innen	-169.000	-167.000	9.000	-32.000	-23.000	-30.000 (-31.000)	-

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-LT-DE-HE/wahlmonitor/index.shtml>; Stand: 06:52Uhr
In Klammern (AfD)

zu haben.

Die anderen drei im Landtag vertretenen Parteien hingegen liegen mit ihrem Bundesergebnis zwischen 0,6%-Punkten (FDP) bis zu 0,9%-Punkten (CDU) höher als beim Landtagswahlergebnis.

Sowohl die FDP als auch Die Linke hätte diese Stimmendifferenz durch aus den Verbleib im Landtag kosten können. Es zeigt jedoch, bezogen auf Die Linke, dass diese Partei trotz ihrer Arbeit in Hessen bei einem nicht unerheblichen Teil der Wähler/-innenschaft weiterhin aufgrund ihrer bundespolitischen Positionen präferiert wird und weniger aufgrund landespolitischer Tätigkeit.

Inwieweit Wähler/-innen auf dem Stimmzettel für Die Linke und im Land für SPD oder Grüne votierten und insoweit taktisch wählten, lässt sich bedauerlicherweise nicht ermitteln.

innen, geben aber an CDU, SPD, Linke sowie andere Parteien und die AfD Stimmen ab.

Die Linke gibt 27 000 Stimmen an die SPD, andere Parteien und die AfD ab, erhält aber Stimmen von CDU, FDP, Grünen und aus dem Lager der Nichtwähler/-innen.

Zu den „Wahlachtberichten“

Die „Wahlachtberichte“ sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile in wechselnder Autor/-innenschaft unter Federführung von Horst Kahrs als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird. Die „Wahlachtberichte“ erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den „Wahlachtberichten“ ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung. Die „Wahlachtberichte“ und linke Wahlanalysen im Netz: <http://rosalux.de/Wahlachtberichte/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen.de>

Polen: Gewerkschaften gegen Regierungspolitik

Mehr als 100 000 Menschen haben am 14. September in Warschau gegen die Politik der liberal-konservativen Regierung unter Premierminister Donald Tusk demonstriert. Aufgerufen zu den Protesten hatten die drei polnischen Gewerkschaftsbünde NSZZ Solidarnosc, OPZZ und FZZ. Es war die größte Protestdemonstration in Polen seit der politischen Wende im Jahre 1989. Die Gewerkschaften werfen der Regierung vor, den Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien zu schaden. Zu ihren Forderungen gehören u.a. eine Erhöhung des Mindestlohns, die Rücknahme der Rente mit 67 und des Gesetzes über die Flexibilisierung der Arbeitszeit, eine Beschränkung befristeter Arbeitsverträge und mehr Geld für Arbeitslose. Die Lehrergewerkschaften ZNP und Solidarnosc kritisieren insbesondere die Kürzungen im Bildungswesen, die zu Schulschließungen, zur Entlassung von 10 000 Lehrerinnen und Lehrern und einer Reduzierung von Unterrichtsstunden führen.

Neue gewerkschaftliche Aktionseinheit: Der OPZZ-Vorsitzende Jan Guz sagte bei der Gewerkschaftskundgebung auf dem Schlossplatz in Warschau, dies sei die letzte Warnung an die Regierung. Wenn sie nicht auf das Volk hören wolle, werde man das ganze Land stilllegen: „Wir werden die Straßen und Autobahnen blockieren. Wir akzeptieren keine Politik, die zu Armut führt.“ Piotr Duda, Vorsitzender der Gewerkschaft Solidarnosc, forderte die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen: „Wir haben die Nase voll von der Verachtung der Mächtigen gegenüber uns Arbeitern“, rief er unter Applaus der Menschenmenge zu. Viele Demonstranten hatten Transparente und Schilder mitgebracht, auf denen sie den Generalstreik und den Rücktritt der Regierung forderten. Die neue Aktionseinheit der Gewerkschaften in Polen ist bemerkenswert, denn sie stehen in scharfer Konkurrenz zueinander und sind historisch verfeindet.

Arbeitslosigkeit steigt: Die Proteste der Gewerkschaften finden zu einem Zeitpunkt statt, wo die polnische Wirtschaft erstmals seit Jahren ins Stottern kommt. Das Wirtschaftswachstum ist im letzten Jahr von 4,5 Prozent auf 1,9 Prozent zurückgegangen und dürfte 2013 mit nur einem Prozent so niedrig ausfallen wie seit 2000 nicht mehr. Die Arbeitslosenquote liegt bei 13 Prozent und könnte im Winter sogar auf 15 Prozent steigen. Die Regierungskoalition aus Tusks liberal-konservativer Bürgerplattform und der Bauernpartei hat zuletzt deutlich an Popularität eingebüßt und besitzt im Sejm, dem polnischen Parlament, nur noch eine

hauchdünne Mehrheit von zwei Stimmen.

Quelle: GEW, 16.9.2013

Schweiz: Beschäftigte im Reinigungsgewerbe streiken

Seit über zwei Monaten stehen Beschäftigte der Reinigungsfirma ISS am Genfer Flughafen im Streik – sie wollen ihren alten GAV (im Gesamtarbeitsvertrag werden Arbeitszeiten, Ferien, Kündigungsfrist und Mindestlöhne festgelegt) zurück, den der Arbeitgeber gekündigt hatte. Zweck der Übung: Löhne, die ohnehin schon bescheiden sind, nochmals senken, so dass im teuren Genfer Raum die Existenz nicht mehr gesichert ist. In die festgefahrene Situation kommt jetzt Bewegung: Die Stadt Genf, die selbst Geschäftsbeziehungen mit der Firma ISS unterhält, hat die ISS am 8. September aufgefordert, mit dem Lohndumping aufzuhören und den gekündigten GAV binnen 15 Tagen wieder in Kraft zu setzen. Andernfalls wird die Stadt Genf der ISS die bestehenden Reinigungsaufträge entziehen. Der Gewerkschaftsverband vpod fordert alle Kantone, Gemeinden und öffentliche sowie private Einrichtungen auf, dem Beispiel der Stadt Genf zu folgen: Eine Firma, welche wie die ISS einen GAV lieber kündigt, statt ihn einzuhalten, verdient keine Aufträge.

Quelle: <http://www.vpod.ch> (Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste), 13.9.2013

Schweiz: Lidl hebt den Mindestlohn auf 4000 Franken

Lidl Schweiz hebt den Mindestlohn von 3800 auf 4000 Schweizer Franken an. Auch alle weiteren Lohnbänder werden nach oben angepasst. So beziehen beispielsweise zweijährig funktionsnah gelernte Mitarbeitende künftig einen Lohn von mindestens 4100 Franken und dreijährig funktionsnah gelernte Mitarbeitende mindestens 4250 Franken bei einer hundertprozentigen Anstellung. „Der Abschluss mit Lidl Schweiz beweist, dass im Detailhandel durchaus faire Löhne bezahlt werden können“, so Carlo Mathieu, Branchenleiter Detailhandel der Gewerkschaft Syna. Karin Oberlin, Leiterin Sozialpartnerschaft beim KV Schweiz ergänzt: „Dies ist ein wichtiges Signal für die ganze Branche“. Im Frühjahr 2014 wird Lidl fünf Jahre in der Schweiz operativ tätig sein. Das Unternehmen nimmt dies zum Anlass, sich bereits jetzt bei den Mitarbeitenden für die erfolgreiche Geschäftsentwicklung zu bedanken. „Von unserer erfolgreichen Entwicklung in der Schweiz sollen nicht nur die Kunden, sondern auch unsere Mitarbeitenden profitieren. Unsere schlanken Strukturen und effizien-

ten Prozesse ermöglichen es, dass wir unseren Kunden die Produkte zum besten Preis anbieten. Wir wollen uns zudem über sehr attraktive Arbeitsbedingungen im Schweizer Detailhandel auszeichnen“, so Matthias Oppitz, Geschäftsleitungsvorsitzender von Lidl Schweiz. Die Lohnsummenerhöhung von 2,5 Prozent beinhaltet neben der Erhöhung der Mindestlöhne auch Beiträge für individuelle Lohnerhöhungen gemäß Lohnsystem. Nicht eingeschlossen sind Gelder für strukturelle Lohnerhöhungen, beispielsweise im Rahmen von Beförderungen. Die Löhne werden bereits zum 1.12.2013 erhöht, so bedankt sich Lidl Schweiz zum Start des Weihnachtsgeschäftes bei den Mitarbeitenden.

Quelle: <http://www.syna.ch>, 29.09.2013

Großbritannien: Unterstützung für Royal Mail Streik

Das Ministerium für Wirtschaft hat den Börsengang für die Royal Mail (Nationale Postdienst) an der Londoner Börse angekündigt. Die Communication Workers Union (CWU) lässt derzeit 100 000 Beschäftigte über Kampfmaßnahmen gegen die Privatisierung sowie Änderungen ihrer Gehälter und Renten abstimmen. Die Abstimmung endet am 16. Oktober. Bei Beginn der Abstimmung verkündete

das Ministerium für Wirtschaft, dass Royal Mail im nächsten Monat an der London Stock Börse gelistet würde, lange, bevor ein möglicher Streik stattfinden könnte.

Der CWU-Generalsekretär Billy Hayes sagte: „Royal Mail ist profitabel und kann weiterhin im öffentlichen Sektor erfolgreich arbeiten. Der Verkauf wird durch politische Dogma getrieben, es gibt keine wirtschaftliche Notwendigkeit und die Mitarbeiter der Post und der CWU werden auch weiterhin kämpfen, um ihre Bedingungen und Konditionen zu verteidigen.“ Auf der UNI Europa Post & Logistics Conference, in Evora, Portugal, stimmten die Delegierten einstimmig einem Dringlichkeitsantrag zur Unterstützung des erwarteten Streiks der CWU zu und bekräftigten, dass alle Tochtergesellschaften von UNI Europa bereit sind den britischen Kollegen in ihrem Kampf zur Seite zu stehen. UNI Global Union General Secretary Philip Jennings sagte: „Jeder Postangestellter im Vereinigten Königreich hat von UNI Global Union die volle Unterstützung und Solidarität in dieser schwierigen Zeit.“

Quelle: <http://www.uniglobalunion.org> 27.09.2013



Griechenland: Solidarität mit den streikenden Lehrkräften

Griechenland erlebt in dieser Woche eine massive Streikwelle gegen Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst. Zehntausende sollen entlassen werden. Besonders Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen sind betroffen. Die GEW solidarisiert sich mit den Streikenden.

Vertreter der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalen Währungsfonds beraten diese Woche in Athen über die Freigabe der nächsten Rate der Hilfskredite für Griechenland. Um sicherzustellen, dass die Gelder auch wirklich fließen, hat der griechische Premierminister Antonis Samaras zugesagt, bis Ende dieses Jahres 15 000 Staatsbedienstete zu entlassen. Weitere 25 000 öffentlich Beschäftigte sollen mit reduzierten Gehältern in eine sogenannte Mobilitätsreserve wechseln. Falls sich bis zum Jahreswechsel keine freien Stellen im Staatsapparat finden lassen, werden auch sie im kommenden Jahr entlassen. Besonders betroffen vom Stellenabbau sind Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen.

Viele sind in ihrer Existenz bedroht

Die Sekundarschullehrergewerkschaft OLME protestiert dagegen. Ihre Mitglieder befinden sich seit Montag (16.09.) im Streik. Bereits in der Vergangenheit hatte OLME wiederholt gegen Gehalt- und Pensionskürzungen von Lehrern und die Erhöhung von Pflichtstundenzahlen gestreikt. Doch diesmal geht es nicht um Geld und Arbeitszeit, sondern um mehr. Viele Lehrkräfte sehen sich in ihrer Existenz bedroht. ...

Arbeitskampf ohne Streikunterstützung

Rund 4.500 Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind seit Ende Juli bereits in die Mobilitätsreserve entlassen, darunter auch 2.500 Berufsschullehrer. Im Zuge der Sparmaßnahmen hat die Regierung die Schließung von über hundert berufsbildenden Schulen in Griechenland beschlossen – ein Armutszeugnis angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit von fast sechzig Prozent. Der Streik der Lehrer wird unterstützt durch andere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und teilweise auch der Privatwirtschaft. An vielen Universitäten befinden sich die Beschäftigten schon seit letzter Woche im Ausstand. Auch die Renten- und Krankenkassen werden bestreikt. „Neunzig Prozent der Lehrerinnen und Lehrer an Sekundarschulen sind unserem Streikaufruf gefolgt“, berichtet OLME Generalsekretär Themistokles Kotsifakis. Seine Gewerkschaft will am Freitag (21.09.) mit den Mitgliedern darüber beraten, ob der Streik in der nächsten Woche

fortgesetzt wird. Für viele Lehrkräfte eine schwierige Entscheidung, denn während des Arbeitskampfes bekommen sie kein Gehalt und auch keine Streikunterstützung von ihrer Gewerkschaft.

Kein Ende der Sparpolitik in Sicht

Auch wenn die griechische Regierung ein baldiges Ende der wirtschaftlichen Talfahrt verkündet, sieht die Realität anders aus. Seit 2008 ist die griechische Wirtschaft um 23 Prozent eingebrochen. Für dieses Jahr wird ein weiterer Rückgang der Wirtschaftsleistung um vier Prozent erwartet. In der Troika besteht Uneinigkeit über das weitere Vorgehen in Griechenland. Der IWF hat erst kürzlich die bisherige rigide Sparpolitik in Griechenland als schädlich kritisiert und damit seine frühere Position korrigiert. Bei EU Kommission und Europäischer Zentralbank stößt dies jedoch auf Widerspruch.

Unterstützung erhält die Forderung nach einem Ende der Sparpolitik in Griechenland auch von der GEW Vorsitzenden Marlis Tepe. In einem Brief an OLME Präsident Themistokles Kotsifakis schreibt sie: „Ich möchte die Solidarität der GEW für euren Kampf zum Erhalt der öffentlichen Schulen und beruflichen Bildung in Griechenland zum Ausdruck bringen. Die Politik der Troika aus EZB, EU und IWF ist falsch. Die fortgesetzten Sparmaßnahmen zerstören das öffentliche Schulwesen und die Gesellschaft in eurem Land. Billigschulen können keine Lösung für die Krise in Griechenland sein.“

Quelle Gewerkschaft GEW, 18.9.2013

Kolumbien: Schutz für Gewerkschaftsführer

Die IUL hat einen dringenden Aufruf an die kolumbianische Regierung gerichtet, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Gewerkschafts- und politischen Führer zu gewährleisten. Der Aufruf ergeht, nachdem das IUL-Sekretariat erfahren hat, dass Funktionäre des nationalen Gewerkschaftsbunds CUT und der politischen Partei Polo Democrático per SMS Todesdrohungen erhalten haben. Der CUT und die IUL sind der Überzeugung, dass diese Drohungen, die von der extremen Rechten in Kolumbien kommen, wegen der derzeitigen Welle von Protesten und Streiks zur Unterstützung des ländlichen Sektors, verschärft werden. In einer Presseerklärung des CUT heißt es: „Wir ... fordern die Regierung des Landes auf, die Ausübung politischer Opposition in Kolumbien zu gewährleisten“. Weiter heißt es in der Erklärung, dass im Jahr 2013 bisher elf Gewerkschafter ermordet worden sind, womit die Zahl der unter der Präsidentschaft von Santos

getöteten Gewerkschafter auf 68 steigt.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 16.9.2013

ILO meldet Erfolge beim Kampf gegen Kinderarbeit

Die Zahl der arbeitenden Kinder ist seit 2000 von 246 auf 168 Millionen und damit um fast ein Drittel gesunken. Dies ergibt der neue ILO-Bericht „Marking progress against child labour“, den die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) im Vorfeld der globalen Konferenz gegen Kinderarbeit im Oktober in Brasilia vorgelegt hat. Doch trotz einer Beschleunigung des Trends in den vergangenen Jahren dürfte der Rückgang nicht stark genug sein, um das von der internationalen Gemeinschaft gesetzte Ziel zu erreichen, bis 2016 die schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu beseitigen. „Wir bewegen uns in die richtige Richtung, aber der Fortschritt ist immer noch zu langsam“, erklärte ILO-Generaldirektor Guy Ryder. Den neuesten Schätzungen der ILO zufolge wurden die größten Fortschritte im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 erzielt, in dem sich ein Rückgang um 47 Millionen ergab: von 215 auf die aktuelle Zahl von 168 Millionen. 85 Millionen von ihnen, also mehr als die Hälfte, müssen gefährliche Arbeiten verrichten, die ihrer Gesundheit, Sicherheit und sittlicher Entwicklung schadet. Gefährliche Arbeit – beispielsweise Arbeit in Steinbrüchen oder mit gefährlichen Stoffen – wird von der ILO oft als Ersatzindikator für die schlimmsten Formen der Kinderarbeit verwendet. Zum einen macht gefährliche Arbeit den größten Teil der schlimmsten Formen der Kinderarbeit aus, zum anderen findet letztere oft statistisch kaum erfassbar im Verborgenen statt, etwa in illegalen Bordellen oder bewaffneten Konflikten. Weitere Ergebnisse der Erhebung:

In absoluten Zahlen sind die meisten Kinderarbeiter zwar in Asien zu finden, doch mit 21 Prozent der Kinder ist ihr relativer Anteil in Afrika südlich der Sahara am höchsten.

Der stärkste Rückgang ist ebenfalls in Asien zu verzeichnen (von 114 auf 78 Millionen zwischen 2008 und 2012) gefolgt von Afrika (von 65 auf 59 Millionen) und Lateinamerika (von 14 auf 12,5 Millionen).

Bei Mädchen war der Rückgang mit 40 Prozent seit 2000 deutlich ausgeprägter als bei Jungen mit einem Minus von nur 25 Prozent.

In der Landwirtschaft arbeiten mit Abstand die meisten Kinder (98 Millionen Kinder oder 59 Prozent aller arbeitenden Kinder) gefolgt von Dienstleistungen wie zum Beispiel Haushaltshilfen (54 Millionen) und der Industrie (12 Millionen).

Quelle: <http://www.ilo.org>, 23. September 2013

Tausende Menschen gehen für eine sozialere und gerechtere Steuerpolitik auf die Straße

BERLIN, BOCHUM. Als starkes Signal werten die Initiatoren die heutigen (14. September) Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen insgesamt mehr als 15 000 Menschen für eine stärkere Besteuerung von Reichtum und gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf die Straßen gegangen sind. Zu den Demonstrationen aufgerufen hatte das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ von Attac, Gewerkschaften, Sozialverbänden und weiteren zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen. Die äußerst breite Zustimmung in der Bevölkerung stelle für die Politik eine Verpflichtung zu einem steuerpolitischen Kurswechsel dar.

Die zentrale Demonstration fand in Bochum statt, wo sich insgesamt mehr als 12 000 Menschen an einem Sternmarsch beteiligten. Zeitgleich bildeten in Berlin Tausende eine Umfairteilkette im Regierungsviertel. Auch in anderen Städten – darunter etwa Saarbrücken und Regensburg – fanden heute Umfairteilen-Veranstaltungen statt.

„Wir haben die Verteilungsfrage und die Finanzierung sozialer Infrastruktur erfolgreich auf die politische Agenda gesetzt. Innerhalb weniger Monate bildeten sich mehr als 60 lokale Bündnisse in Deutschland, die mit über 250 Veranstaltungen und Demonstrationen erreichten, dass die Forderung nach einer gerechten Steuerpolitik als Mittel der fairen Verteilung in die Öffentlichkeit kam. Das ist ein Riesenerfolg“, sagte Helge Bauer vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac Konkret fordert das Bündnis eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung des Gemeinwesens und notwendiger Reformen ... Dem parteipolitisch unabhängigen Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ gehören auf Bundesebene 24 Organisationen an: vom globalisierungskritischen Attac und dem Online-Netzwerk Campact, Gewerkschaften wie Verdi und GEW, Sozialverbänden wie Paritätischer Wohlfahrtsverband, SoVD und Sozialverband VdK über die Katholische Arbeitnehmerbewegung, Migrantenverbände, Jugend- und Studierendenorganisationen bis hin zu den Naturfreunden Deutschlands und der Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe. <http://umfairteilen.de>

Gentechnik möglich: Kritik an EU-Agrarpolitik und Aigner

Die nächsten sieben Jahre der EU-Agrarpolitik nehmen feste Gestalt an. Ein Ausschuss des europäischen Parlaments stimmte kürzlich für eine Kompromisslösung mit Kommission und Mitgliedsstaaten. Die gestern aus dem Amt

geschiedene Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) zeigte sich erleichtert: man habe den deutschen Bauern „eine gute Perspektive gesichert.“ Für dringend nötige ökologische Reformen bleibt aber kaum noch Geld aus den üppigen Fördertöpfen übrig. Mehr noch: auf den ohnehin kleinen Flächen, auf denen der Artenschutz durch schonende Verfahren Vorrang haben sollte, sei der Einsatz von Pestiziden und sogar von Gentechnik möglich, kritisierte der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). „Wir haben über Jahre hart und erfolgreich verhandelt, einseitige Kürzungen zulasten unserer Landwirte verhindert und den bäuerlichen Betrieben in Deutschland eine gute Perspektive gesichert“, freute sich Aigner zum Ende ihrer Dienstzeit. Die CSU-Politikerin kehrt nach Bayern zurück, wahrscheinlich auf einen Ministerposten im Kabinett von Horst Seehofer. Gänzlich anders bewertete der grüne Europaparlamentarier Martin Häusling den Abschluss der EU-Verhandlungen. Aus seiner Sicht hat sich Deutschland unter Aigner vor allem für große, industriell arbeitende Betriebe stark gemacht, die ohnehin schon den Großteil der Subventionen von über 50 Milliarden Euro erhalten. Leider habe sich das von konservativen Parteien dominierte EU-Parlament in den Verhandlungen „über den Tisch ziehen lassen“, so Häusling. Seine Fraktion werde die Ergebnisse daher nicht mittragen. www.keine-gentechnik.de



19 Stunden schuften für Lidl!

BERLIN/BONN. Der vom britischen Sender BBC am 23. September 2013 ausgestrahlte Bericht zeigt eindrücklich die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Fabriken in Bangladesch.

Arbeiter_innen müssen danach über 19 Stunden arbeiten von 7 Uhr morgens bis 2.30 Uhr nachts. Außerdem werden die Näher_innen in die Fabrik eingeschlossen, ein klarer Verstoß gegen alle Brandschutzmaßnahmen. Laut BBC lässt Lidl gerade Jeans und Latzhosen in der Fabrik produzieren. Die gezeigte Fabrik Hameem ist der Kampagne für Saubere Kleidung bekannt für schlechte Arbeitsbedingungen: Am 14.12. 2010 starben 29 Arbeiter_innen bei einem Brand in der „That's It Sportswear“, die der Hameem Gruppe angehört. Auch am 20. Mai 2013 wurden rund 50 Arbeiter_innen der Hameem Fabriken von Sicherheitskräften teilweise schwer verletzt, als sie gegen die viel zu niedrigen Löhne auf die Straße gingen. Gisela Burckhardt, Kampagne für Saubere Kleidung, kritisiert die lasche Haltung von Lidl: „Es klingt schon zynisch, wenn die Lidl-Zentrale den BBC-Bericht als besorgniserregend bezeichnet und darauf hinweist, dass

es wichtig sei, die Arbeitsbedingungen in Bangladesch zu verbessern. Welche neue bahnbrechende Erkenntnis! Wo bleiben Lidl's Kontrollen? Lidl ist für die Arbeitsbedingungen in seiner Lieferkette verantwortlich ... Mitschuldig macht sich auch die Bundesregierung, die keine Rahmenbedingungen schafft, damit Unternehmen für Arbeitsrechtsverletzungen bei ihren Zulieferern haften müssen. Auf diese Rechtslücke hat der UN-Menschenrechtsrat hingewiesen. Bis heute hat die Bundesregierung nicht einmal einen nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte aufgestellt, wie es die EU fordert. Derzeit protestieren Hunderttausende von Arbeiter_innen in Bangladesch für eine Anhebung des Mindestlohns von derzeit rund 28 Euro auf rund 76 Euro. Die Regierung hat nur eine geringfügige Erhöhung vorgeschlagen auf rund 33 Euro, die nicht einmal die Inflationsrate ausgleicht. Deshalb ist die Wut groß. Es ist zu befürchten, dass in den kommenden Wochen weitere Ausschreitungen geschehen auch vor dem Hintergrund, dass die Opfer von Rana Plaza und Tazreen immer noch auf Entschädigung warten. Zu den Entschädigungsverhandlungen für die Opfer der Rana Plaza Katastrophe sind von eingeladenen 29 Unternehmen, nur neun erschienen! Auch die deutschen Unternehmen Adler, Güldenpfenning und NKD sind den Gesprächen fern geblieben. www.saubere-kleidung.de/

Rage Against Abschiebung

MÜNCHEN. Unter begeistertem Applaus und gemeinsamen Ausrufen von eindeutigen Statements wie „Kein Mensch ist Illegal“ und „We are here and we will fight. Freedom of movement is everybody's rights“ hielten zwei Non-Citizens auf dem Rage against Abschiebung eine Rede: Das Festival Rage against Abschiebung findet stets einen Tag vor dem „Tag der Deutschen Einheit“ statt. Einem Tag, an welchem die Wiedervereinigung einer Nation gefeiert wird, einem Tag an welchem Nationalismus gefeiert wird. Dieser bildet aber mitunter die Grundlage dafür, dass Personen, wie Non-Citizens von der Gesellschaft exkludiert werden. Sie werden ausgeschlossen, da sie als „fremd“ stigmatisiert werden, nicht an Deutschkursen teilnehmen dürfen, nicht arbeiten dürfen und in Lagern fern ab jeglicher Zivilisation leben müssen. Aber der staatliche und gesellschaftliche Rassismus endet nicht hier. Nein, wir Non-Citizens werden auch abgeschoben – gegen unseren Willen. Viel zu oft sterben Flüchtlinge auf Grund von Abschiebung. Die Angst vor ihr führt einige von uns in den Suizid, einige von uns sterben auf Grund der brutalen Vorgehensweise der Polizist_innen während des Flugs und einige von uns müssen ster-



ben, wenn sie im Herkunftsland wieder ankommen. Millionen über Millionen Menschen sind auf der ganzen Welt verteilt lebensbedrohlichen Konditionen ausgesetzt und Tausende versuchen davon wegzulaufen, versuchen ein sicheres Land zu finden, in welchem ein reguläres Leben geführt werden kann, wie andere Menschen auch. Mit dieser Hoffnung erreichen die Personen Deutschland, aber hier sind wir verschiedenen Gesetzen gegenübergestellt, welche ernsthafte Restriktionen in unserem Leben erzeugen. Diese Gesetze machen unser Leben zu diesem eines r Gefängnisinsass_in. Aber das schlimmste aller Gesetze, mit welchem wir zu leben haben, ist das der Abschiebung. Dementsprechend fühlen wir jeden Tag die Angst vor dieser Abschiebung, was nichts anderes bedeutet, als, dass wir, Flüchtlinge wieder in die Herkunftsländer zurück müssen, wo meistens der Tod auf uns wartet. <http://refugeestruggle.org/>



Atomkraftgegner fordern: AKW statt Gaskraftwerke stilllegen

Zur sich zuspitzenden Situation in Fukushima, zweieinhalb Jahre nach Beginn der Reaktorkatastrophe erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“: „Die Nachrichten aus Fukushima zeigen uns Tag für Tag mehr, dass Atomenergie nicht beherrschbar ist. Auch in Deutschland kann jederzeit die Katastrophe passieren. Neun Atomkraftwerke sind weiter am Netz. Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, soll in der nächsten Legislaturperiode nur ein Reaktor abgeschaltet werden. Damit wäre Deutschland zur Bundestagswahl 2017 immer noch der zweitgrößte Atomstromproduzent in der EU. Mit Atomausstieg hat das nichts zu tun. Dabei werden die AKW nicht mehr für die Stromproduktion benötigt. Inzwischen werden statt der gefährlichen Atommeiler reihenweise Gaskraftwerke stillgelegt, obwohl diese eine ideale Ergänzung für die schwankenden Erneuerbaren Energien darstellen. Besser wäre es, die AKW abzuschalten, damit sich das Desaster von Fukushima hierzulande nicht wiederholt.“

www.ausgestrahlt.de

MDG-Gipfel: Positives Signal aus New York

BERLIN. Der in New York verabschiedete Fahrplan für Globale Nachhaltigkeitsziele bietet eine gute Basis für die Entwicklung einer Agenda nach 2015, so der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO). Nun sei die zukünftige Bundesregierung am Zug und müsse konkrete Maßnahmen zur Umsetzung ergreifen. „Es ist gut und wichtig, dass die UN jetzt offiziell eine Roadmap für die neue Entwicklungsagenda verabschiedet haben, auch wenn sie noch sehr rudimentär ist“, so Renate Bähr, stellvertretende Vorstandsvorsitzende von VENRO. Zudem sei zu begrüßen, dass die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) von der neuen Agenda nicht ignoriert, sondern – falls noch nicht erreicht – weiter verfolgt werden sollen. Auf der MDG-Sondersitzung in New York hatten sich die Mitgliedsstaaten verpflichtet, ihre Anstrengungen zu verstärken, um in den nächsten zwei Jahren möglichst alle MDG noch umzusetzen. „Die Geberstaaten sind zwar aufgefordert worden, ihren finanziellen Verpflichtungen wie der ODA-Quote nachzukommen, aber dieser Aufforderung fehlt es an Verbindlichkeit“, betont Bähr. Auf der Sondersitzung zu den MDG in New York am 25. September haben die Staats- und Regierungschefs unterstrichen, dass die neuen Nachhaltigkeitsziele sich auf alle Länder beziehen und auf den Menschenrechten basieren sollen. Die Ziele sollen insbesondere die Rechte von benachteiligten Gruppen stärken und zur Stärkung von Frauen beitragen. <http://venro.org/presse/>

Keine „Schutzzölle“ gegen internationale Studierende in Baden-Württemberg

STUTTGART. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) ist weiterhin fassungslos über die rassistische Haltung des Landesrechnungshofes des Landes Baden-Württemberg und auf die Befürwortung dieser von Seiten der Landesregierung. Wie weit ist es mit der Weltoffenheit bestellt, wenn die widersinnige Auffassung vertreten wird, dass vorzugsweise deutsche Studierende, vielleicht gerade noch EU-

Ausländer*innen, an den Musikhochschulen des Landes studieren können?

Das ABS sagt hierzu sehr deutlich, dass alle Studierende an deutschen Hochschulen herzlich willkommen sein sollten. Für das ABS ist die Sprache der Musik international, und sie sollte es vorzugsweise für Baden-Württemberg auch bleiben. Doch der Landesrechnungshof hält die Anzahl von Studierenden aus Nicht-EU-Ländern für viel zu hoch und stellt fest, dass vor allem ausländische Anwärter*innen auf einen Studienplatz „sich aufgrund ihrer besseren Vorbildung bei den Aufnahmeprüfungen gegen einheimische Bewerberinnen und Bewerber durchsetzen.“ Anstatt dafür zu sorgen, dass die Schüler*innen im Bundesgebiet eine qualitativ bessere Schulbildung erhalten fordert der Landesrechnungshof den Abbau von Studienplätzen und eine Schutzmauer gegen Nicht-EU-Ausländer*innen in Form von Studiengebühren bis zu 2000 Euro pro Semester.

www.abs-bund.de/

Nationale Strategie zur Überwindung von Wohnungsnot und Armut

BIELEFELD / DORTMUND. Die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W), der Dachverband der Wohnungslosenhilfe in Deutschland, fordert von der neuen Bundesregierung eine Nationale Strategie gegen Wohnungsnot und Armut. Auf dem in Dortmund stattfindenden Bundeskongress des Verbandes wurden Eckpunkte einer solchen Strategie vorgestellt. 2012 waren 284 000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung. Dies ist im Vergleich zum Jahr 2010 ein Anstieg um ca. 15 %. Bis 2016 prognostiziert die BAG W eine Zunahme der Wohnungslosigkeit um 30% auf dann 380 000 Menschen. Wohnungslose erfahren eine umfassende Ausgrenzung in vielen Lebensbereichen. „Wer seine Wohnung bereits verloren hat, hat in Zeiten der Wohnungsnot kaum Chancen eine neue Wohnung zu finden. Wohnungslosen Bürgerinnen und Bürgern bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt, die Gesundheitsversorgung ist für sie nicht bezahlbar und wer erstmal ganz ohne Unterkunft auf der Straße ist, muss Gewalt und weitere Diskriminierung fürchten“, erklärte Winfried Uhrig, Vorsitzender der BAG W in Dortmund. Angesichts dieser Entwicklung ist eine „Nationale Strategie zur Überwindung von Wohnungsnot und Armut“ dringend geboten. Gehandelt werden muss auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Wenige Tage nach der Bundestagswahl richtet die BAG W konkrete Forderungen an die neue Bundesregierung. Darüber hinaus schlägt der Verband konkrete Maßnahmen für die Bundesländer, die Kommunen und Landkreise vor. **Mehr unter:** <http://nationalearmutskonferenz.de>

Bürgerentscheid BuGa23

BuGa-Chef: „... vergleichbare Situation noch nie gehabt“ – also gute Aussichten

Mit 68.322 zu 66.369 Stimmen haben die Mannheimer Wählerinnen und Wähler in dem vom Gemeinderat beschlossenen Bürgerentscheid eine äußerst knappe Entscheidung zugunsten der Bundesgartenschau im Jahr 2023 (BuGa23) herbeigeführt. Das Quorum von 57.498 Stimmen wurde deutlich überschritten.

Der „Wahlkampf“ trug Züge der asymmetrischen Kriegführung: Während die Verwaltung die Position der deutlichen Gemeinderatsmehrheit zunächst schleppend, dann aber mit voller Kraft und im gesetzlichen Rahmen vertrat, unterstützt von einem prominenten und potenten Pro-BuGa-Verein, musste sich die Initiative „Mannheim 23 – keine BuGa“ mit den üblichen Bord- und Finanzmitteln einer „Ini“ begnügen. FDP und Freie Wähler/ML unterstützten das Anliegen der BuGa-Gegner; der „Mannheimer Morgen“ hatte sich schon frühzeitig dafür entschieden ausführlich und zugunsten der BuGa-Gegner zu berichten, weil interessanter für das Zeitungsgeschäft. Aus der jüngeren Geschichte weiß man: Im asymmetrischen Krieg ist die schwächere Seite durchaus nicht unbedingt schwächer.

Polarisierung pur

Nun haben also 136.759 Menschen ihr Kreuzchen pro oder contra BuGa gesetzt. Das ist schon mal eine riesige Zahl von Menschen, die sich in irgendeiner Form mit der BuGa auseinandergesetzt haben. Aber was hat die Menschen letztlich bewegt? Wie kam es zu einer Auseinandersetzung, die wohl jede Partei (zumindest an der Basis) bis hin zur links-alternativen Szene, ja sogar Familien und Freundeskreise spaltete?

Zur Erinnerung nochmals die Fragestellung auf den Stimmzetteln: „Soll Mannheim zur nachhaltigen Entwicklung eines Grünzugs Nordost im Jahr 2023 eine Bundesgartenschau durchführen, die überwiegend auf dem Gelände der ehemaligen Spinelli-Kaserne und unter Einbeziehung einer maximal 16 Hektar großen Teilfläche der Feudenheimer Au unter Beibehaltung ihres Status als Landschaftsschutzgebiet stattfindet?“ Also Grünzug – Event BuGa – Ort des Events.

Der Grünzug war von vornherein kein Streitpunkt – alle wollen ihn. Der Event stieß auf geteiltes Echo – manche mögen so was, andere nicht. Der Ort des Events erregte vor allem die Anwohner, bot aber auch Anlass zu ökologischen Grundsatz- und leidenschaftlichen Detaildebatten.

Was nicht auf dem Stimmzettel stand, entpuppte sich als der eigent-

liche Zündstoff: Die Finanzierung der BuGa und die kommunale Haushaltspolitik im Allgemeinen; die Gegner gestalteten ihre Plakate finanzpolitisch. Mit der Finanzierungsfrage öffnete sich der gesamte Sesam unerledigter Missstände vom Schlagloch bis zur noch nicht sanierten Schule und dem Personalmangel in der Schulsozialarbeit. Der Bürgerentscheid über ein komplexes Thema künftiger Stadtentwicklung wurde in hohem Maß zu einer wutbürgerlichen Meinungsäußerung.

Verstärkend hinzu kamen aus Teilen des BuGa-kritischen Lagers Unterstellungen, die Mannheimer Kommunalpolitik gleiche im wesentlichen einer Bananenrepublik: Der Verwaltung und den allermeisten Gemeinderäten saßen kleine, mafiotisch organisierte Bauunternehmer und Grundstücksspekulanten mit den Initialen D&S im Ohr. Nun mag man gewiss nicht für jedes Ohrenpaar garantieren. Aber wer keine Differenzen zwischen einer Bananenrepublik und einer grundsätzlich demokratisch formierten und funktionierenden Kommune zu sehen vermag, sollte zum Augenarzt gehen.

Komplexität und Demokratie – zwei Welten begegnen sich

Die mit der Monsteraufgabe Konver-



sion verbundene Stadtentwicklungsthematik drang nur mäßig durch. Sie gehört ohnehin eher zur Sphäre des Herrschaftswissens. Herrschaftswissen schützt sich bekanntlich durch Intransparenz und Wissensmonopole. Intransparenz ist Gift für Bürgerbeteiligung. Sicherlich oder hoffentlich ist die Intransparenz nicht aktiv gewollt, aber sie wird nicht wirksam bekämpft.

Bis zuletzt konnte die Verwaltung die Finanzierungszusammenhänge der Konversion und hierin die Rolle einer BuGa für den Grünzug nicht überzeugend und erschöpfend darlegen. Komplizierte Zusammenhänge erklärt man am besten diskursiv in der anschaulichen Auseinandersetzung mit Alternativen. Der Holzweg beginnt hier mit der Verkündung von angeblichen Alternativlosigkeiten. Auf diesen Holzweg begab sich der Oberbürgermeister leider gleich zu Beginn der Diskussion über die Machbarkeitsstudie zur BuGa. Wenn ein solcher Diskurs sich auch nicht gleich einem großen Publikum erschließt, erreicht er zumindest viele Multiplikatoren und diejenigen Menschen, die an Beteiligungsprozessen teilnehmen und „politisch unterwegs“ sind.

Naturwüchsige Brutstätten und Hüter des Herrschaftswissens sind privatrechtlich organisierte Gesellschaften in öffentlichem Auftrag und ihre Aufsichtsräte, die dazu neigen, notwendige Diskurse aus der Öffentlichkeit und den demokratischen Körperschaften wie z.B. dem Gemeinderat herauszuhalten und dabei gerne auf Geschäftsgeheimnisse zu verweisen. Man frage sich einmal, wie transparent (nicht nur) in Mannheim die Wohnungswirtschaft, die Kosten und Gestaltungsregeln des ÖPNV oder die Energie- und Wasserwirtschaft sind, und man wird erheblichen Transparenz-Nachholbedarf feststellen.

Wenn die BuGa nun im Rahmen eines bürgerschaftlichen Beteiligungsprozesses entwickelt werden soll, ist mehr Transparenz unbedingt erforderlich. Dies gilt auch für die MWSP GmbH, die die Konversionsflächen im Auftrag der Stadt entwickeln soll und für die zu gründende BuGa Mannheim GmbH.

Neu über den „Bürgerhaushalt“ nachdenken

Dass aus einer ursprünglich gefühlten breiten Zustimmung der Mannheimerinnen und Mannheimer zu einer weiteren BuGa eine Zitterpartie mit weniger als 2000 Stimmen Mehrheit wurde, hängt sicherlich auch damit zusammen, dass, wie oben dargelegt, eine wilde und populistische haushaltspolitische Spekulation um sich griff, garniert mit neoliberalen Ladenhütern einer FDP.

Es ist nicht gut bestellt um das öffentliche Wissen kommunaler Finanzpolitik, wenn es sich auf der Ebene der guten alten „schwäbischen Hausfrau“ und der undifferenzierten Skandalisierung öffentlicher Schulden bewegt.

Auch hier ist für mehr öffentliche Transparenz zu sorgen. Zwar sind mittlerweile alle Unterlagen der kommunalen Haushaltspolitik im Internet hinterlegt und einsehbar. Aber der Weg von dort bis einem öffentlichen Bewusstsein über die Zusammenhänge und Alternativen kommunaler Haushaltspolitik ist weit. Die schrittweise Erarbeitung eines Bürgerhaushalts im Sinne einer Bürgerbeteiligung an der Haushaltspolitik würde eine gute Grundlage für Entscheidungen über komplexe Dinge wie die BuGa schaffen.

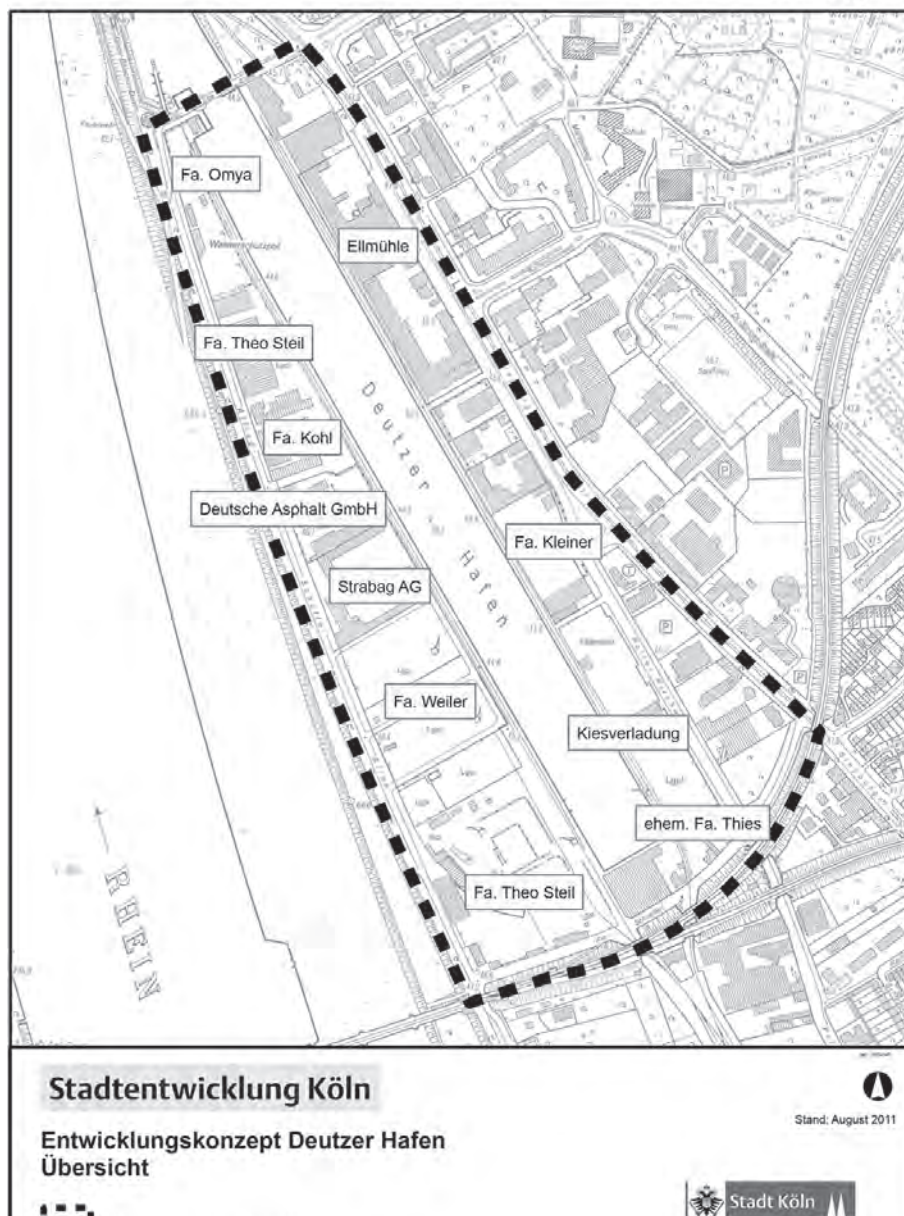
Herr Sander wundert sich – er wird sich noch mehr wundern

Herr Sander ist der Geschäftsführer der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (dbg). Für den „Mannheimer Morgen“ vom 24.9. wurde er zum Ausgang des Bürgerentscheids befragt und äußerte Verwunderung: „Wir haben eine vergleichbare Situation noch nie gehabt.“

In der Tat: Dass sich zehn Jahre vor einer BuGa zwei Drittel der Bevölkerung mit dieser BuGa befassen und an einem Bürgerentscheid teilnehmen, dürfte ungewöhnlich sein. Die Bürgerbeteiligung ist dadurch eingeleitet. Das funktionierte zwar nicht kuschelig in einem gemütlichen Workshop, sondern in Form einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerinitiative. Aber in diesem Streit haben sich schon einige Punkte vorab geklärt, und weitere Streitpunkte müssen und können nun auch breit diskutiert werden. Es zeichnet sich ein – in dem vom Gemeinderat per Grundsatzbeschluss gesetzten und im Bürgerbegehren bestätigten Rahmen – offenes Verfahren ab. Aus diesem Beteiligungsprozess, der sicher immer verteidigt und neu belebt werden muss, können interessante Entwicklungen für die Bevölkerung dieser Stadt erwachsen. Denn es wird in dem Beteiligungsprozess nicht nur um die Abwehr ökologisch problematischer Details gehen, sondern es werden sicherlich auch neue gestalterische Elemente für die ganze Stadt (und auch für die BuGa) entwickelt werden, die das Leben der Stadtgesellschaft verbessern können.

Eine gute Ausgangslage nach dem dramatischen Bürgerentscheid ist die sofort von der BI Mannheim 23, vom BUND und dem Oberbürgermeister erklärte Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit. Vielleicht entwickelt sich die erste „Bürger-BuGa“, und Herr Sander kann sich dann noch mehr wundern. Es lohnt, dafür aktiv zu werden.

Thomas Trüper



Deutzer Hafen: Hochwasserschutz beachten!

Arbeitsplätze verteidigen! Industriestandort stärken!

Seit vielen Jahren wird über die künftige Nutzung des Deutzer Hafens diskutiert. Der Deutzer Hafen ist ein wesentlicher Bestandteil des Masterplans von Albert Speer.

Jetzt hat die „Kölnische Rundschau“ erfahren, was die Stadt und ihr Stadtbaudezernent planen: Bis auf die Eilmühle soll alles verschwinden. Büros und Wohnungen sollen entstehen. Die Stadtverwaltung, insbesondere der Baudezernent Herr Höing, will das Gelände zu einem modernen Stadtteil umbauen. Die Stadt verfolgt diese Pläne obwohl vieles gegen die Verwirklichung dieses Projektes spricht:

Der Hochwasserschutz:

Bei dem Gebiet handelt es sich um ei-

nen Hafen. Die Gesetzeslage sieht vor, dass Häfen nicht bebaut werden sollen. Aus Gründen des Hochwasserschutzes dürfen Häfen auch nur als Häfen genutzt werden. Ein Hafen kann im Falle von starkem Hochwasser geflutet werden und trägt somit zur Entspannung der Hochwassersituation bei. Der Baudezernent hat in anderen Städten wie Bremen und Hamburg ehemalige Häfen in neue Quartiere umgewandelt. Herr Höing weiß, wie die Intention der Gesetze zum Hochwasserschutz unterlaufen werden kann.

Die Kölner Hafensituation:

Das Transportwesen wächst wie kein anderer Wirtschaftszweig. Richtigerweise werden immer mehr Güter auf den Wasserstraßen befördert. Die Kölner Hafengesellschaft (HGK) hat nach eigenen Angaben ein Kapazitätsproblem. In Köln wird jeder Meter Hafenkante zum Güterumschlag benötigt. Es ist absurd:

In Deutz wird ein Hafen umfunktio- niert und gleichzeitig wird ein Hafen im Kölner Süden ausgebaut. Auen und Wiesen in Godorf werden zerstört, weil dort ein neuer Hafen entstehen soll.

Der Industriestandort Köln:

In der Logistikbranche gibt es im Ge- gensatz zu vielen anderen Bereichen auch Arbeitsplätze für Menschen mit geringer Qualifikation. Köln ist auch Industriestadt. Ein Ziel der Stadtpoli- tik muss sein, für diese Menschen Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaf- fen. Das wäre im Deutzer Hafen mög- lich. Eine moderne Stadtentwicklung muss viele Anforderungen erfüllen: Sie muss sozialverträglich, nachhaltig und ökologisch sein. Wohnen, Arbei- ten, Naherholung und Nahversorgung müssen in einem Quartier ermöglicht werden. Die Umnutzung des Deutzer Hafens verstößt gegen diese Kriteri- en, sie verdrängt Arbeitsplätze aus der Innenstadt und schafft somit bei- spielsweise lange Verkehrswege. Seit Jahrzehnten herrscht Unklarheit über die weitere Entwicklung des Deutzer Hafens, deswegen haben Firmen und Investoren mit Investitionen in den Ha- fen gezögert.

Noch hat die Politik in Köln die Mög- lichkeit, die Planungen des Baudezer- nates zu stoppen. Gleichzeitig muss den Betrieben und den Beschäftigten auf dem Hafen Planungssicherheit ge- geben werden. Nur so kann der Deutzer Hafen einen Beitrag zum Hochwas- serschutz und zum Industriestandort Köln leisten. *Michael Weisenstein*



Roma in Bergheim

Seit Anfang 2012 leben in Bergheim (NRW, Nähe Köln) in einem Hochhauskomplex einige Hundert Menschen aus Rumänien. Die Häuser sind heruntergekommen, in extrem schlech- tem Zustand, sie waren schon in der Vergangenheit Adresse für kurzfristige Mietverhältnisse von Familien in prekären Verhältnissen.

Die Probleme um das Haus sind inzwischen bundesweit in den Medien.

Der Vermieter gehört zum Rotlichtmilieu in Duisburg. Duisburg hat in den letzten zehn Jahren eine explosionsartige Vergrößerung des Bereichs mit Bordellen und „Laufhäusern“ erleben müssen. Schätzungen gehen von 1.500 Prostituierten aus, davon ca. 80% Frauen aus Rumänien und Bulgarien. Es gibt heftige Auseinandersetzungen zwischen verschie- denen Rockergruppen in Duisburg. Fachleute gehen davon aus, dass hier Anteile an dem offenbar lukrativen Markt der Prostitution neu verteilt werden sollen.

Die Roma

Wie viele Menschen genau in den soge- nannten „Problemhäusern“ wohnen, ist nicht ganz klar. Eine Zählaktion der Meldebehörden vor einigen Wochen erbrachte kein eindeutiges Ergebnis, da ein Teil der Wohnungen nicht ein- gesehen werden konnte – es öffnete niemand dort. Die Angaben schwanken zwischen 600 und 800, manche spre- chen auch von über 1000 Menschen.

Der größte Teil der Bewohner sind Kinder. Fünf bis neun Kinder pro Fa- milie sind nicht ungewöhnlich. Nahezu alle Bewohner dort gehören einer evan- gelischen Pfingstkirchengemeinde an, die Alkohol und Verhütungsmittel un- tersagen.

Viele Familien waren vor ihrem Auf- enthalt hier in anderen europäischen Ländern, daher sprechen viele eini- germaßen Französisch und/oder Spa- nisch.

In Gesprächen machen die Familien deutlich, dass sie hier eine Zukunft für ihre Kinder suchen, dass sie auf positi- ve Ergebnisse bei schulischer Bildung und Arbeitssuche hoffen. Das Jugend- amt hat bei Besuchen in Familien im- mer eine angemessene Betreuung der Kinder vorgefunden. Zurzeit leben sie von den Kindergeldzahlungen, die ihr einziges Einkommen darstellen. Sie haben keine Arbeitserlaubnis. Es gibt an einigen Stellen in der Stadt so etwas wie einen Arbeitsstich, wo frühmorg- ens z.B. Bauunternehmer Tagelöhner für Beträge von 2 Euro die Stunde oder 10 Euro den ganzen Tag anheuern.

Die Kommune

Seit mehr als einem Jahr gibt es ein kommunales Handlungskonzept für den Umgang mit den Zuwanderern aus Südosteuropa, die schwerpunktmäßig in den Stadtteilen Hochfeld, Marxloh und eben auch in Rheinhausen-Berg- heim anzutreffen sind. Die Kommune versucht ihre Pflichtaufgaben zu lösen und macht gleichzeitig darauf aufmerksam, dass dieses von einer Kommune nicht alleine zu stemmen ist. Es wurden Mittel in Höhe von einer Million Euro zur Verfügung gestellt, um in den Bereichen Gesundheit, Bil- dung, Wohnung, Integrationsprozesse

zu unterstützen bzw. Missständen ab- zuhelfen.

Für alle schulpflichtigen Kinder gibt es inzwischen einen Schulplatz. Alle Schulformen haben Vorbereitungs- klassen eingerichtet. Landes- und Be- zirksregierung haben die Zuweisung zusätzlicher Lehrerstellen stärker als vorher an die Dynamik der Zuwande- rung angepasst.

Die Kinder gehen regelmäßig zur Schule, die Eltern beteiligen sich trotz der Sprachprobleme an der Arbeit in der Schule.

Kindergartenplätze werden eben- falls angeboten, hier muss allerdings noch erheblich mehr angeboten wer- den. Auch müssen die Eltern noch stär- ker von der Bedeutung des Kindergar- tenbesuches gerade für die jüngeren überzeugt werden.

Sozialarbeit

In unmittelbarer Nachbarschaft ist eine Beratungsstelle mit mehreren Räumen eingerichtet worden. Ein Trä- gerverein – ZOF / Zukunftsorientierte Förderung – hat dort Sozialpädagogen, Dolmetscher, Beratungen, Räume. Es geht um Unterstützung in alltäglichen Fragen, auch um die Mietverträge, um offizielle Schreiben usw. Die Leute von ZOF sagen, dass sie eigentlich rund um die Uhr präsent sein müssten.

Die Volkshochschule bietet dort Deutschkurse für Erwachsene an, die in unterschiedlicher Intensität ange- nommen werden.

Bürgerschaftliches Engagement

Seit mehr als einem Jahr gibt es einen runden Tisch von Kirchengemeinden, politischen Akteure, Verwaltung, Ver- einen, engagierten Einzelpersonen. Auch die Nachbarn, die zunächst hef- tig über Probleme wie Müll, Lärm usw. geklagt hatten, sind inzwischen in den Diskussionsprozess integriert und be- teiligen sich am Dialog in vielfältiger Form. Einige ihrer Beschwerden haben nach wie vor Bestand.

Patenschaften zur Begleitung auf dem Schulweg oder in den Sportverein werden organisiert, ebenso die Aus- stattung der Kinder mit z.B. Sportsa- chen durch Kleidersammlungen.



Romasiedlung
mitten in Bel-
grad. Bild von
Julian Nitzsche /
pixelio.de

Trittbrettfahrer

Heftigen Streit provoziert ein weiterer Verein „Stimme der Migranten“ mit einer Romni an der Spitze, die ein Monopol für die Beratung für ihren Verein reklamiert. Sie hat Kontakt zu einem Prediger, der einen Teil der religiösen Betreuung gewährleistet. Dies und ihre umfassende Sprachkompetenz sorgen dafür, dass sie von Fall zu Fall erheblichen Einfluss ausübt. So soll sie die Familien vor der Teilnahme an einer Impfaktion für die Kinder mit dem Hinweis gewarnt haben, den Kindern würde dort Gift injiziert werden. Insgesamt agiert sie so, dass keine anderen Personen oder Institutionen Einfluss auf die Roma erhalten. Die Wohlfahrtsverbände haben nach längeren Erfahrungen mit ihr und dem Verein dringend vor der Zusammenarbeit gewarnt.

Gerüchte

Trotz aller positiven Veränderungen gibt es eine Szene von Gerüchten, die sich um diese „Fremden“ rankt, und diese Szene nimmt zu.

Eigentlich wissen alle Menschen in Rheinhausen um die Geschichte der verschiedenen Zuwanderungen aus Schlesien, Pommern, Italien, Spanien, dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei. Ein Stadtteil von fast 80 000 Menschen ist geprägt durch Menschen, die wegen der Arbeit in der Zeche oder der Hütte in den letzten 100 Jahren hierher kamen. Dass allen Zuwanderungen von den Alteingesessenen je-

weils mit Misstrauen und Ablehnung begegnet wurde und Integrationsprozesse sich jahrzehntelang hinzogen, wird weitgehend verdrängt.

Jetzt sind es eben die Roma, die abgelehnt werden. Die Müllberge auf den Straßen, die nächtlichen Ruhestörungen werden besonders von denen zitiert, die nicht unmittelbare Nachbarn sind. Lange und intensiv hielten sich Horrorgeschichten von gekidnappten Kindern. So intensiv, dass an einer Grundschule in einem Brief an die Eltern darüber informiert wurde, dass nichts dran ist an dieser Geschichte, dass weder die Kinder noch die Eltern Angst beim Schulweg haben müssen.

Die Enten auf dem Weiher beim Krankenhaus ebenso wie das Verschwinden von 200 Heidschnucken in der Herde auf den Rheinwiesen werden den „diebischen Roma“ angelastet. Und dass sie in den Supermärkten einfach die Verpackungen aufreißen und noch im Laden alles aufessen und dann rausgehen, ohne zu bezahlen.

All dies schildern „einfache Bürger“, die außerdem beklagen, dass solche Horrorgeschichten in Diskussionen als rassistisch gekennzeichnet würden. Sie fühlen sich hier zu Unrecht diskreditiert. Man könne in diesem Land nicht mehr die Wahrheit sagen.

Rattenfänger

Pro NRW hat schon die zweite Kundgebung in der Nachbarschaft des Hauses „In den Peschen“ abgehalten. Die NPD hatte in Duisburg einen Direktkan-

didaten aufgestellt, der in Bergheim mehr als 5 % der Stimmen holte.

Bei den Kundgebungen werden alle Register gezogen, es gibt keinen Aspekt, der nicht als Legitimation für die Forderungen der Rechten herangezogen wird: Altersarmut, Kinderarmut, Gewaltverbrechen, vergammelte Häuser, Graffiti, prekäre Einkommensverhältnisse. Hier werden in der ungebrochenen Tradition von „Das Boot ist voll“ und „Diese Menschen wollen sich nicht integrieren lassen“ alle Klischees bedient.

Kultur als Brücke

In unmittelbarer Nachbarschaft zu den Peschen, im „Kom'matheater“, hat eine Gruppe unter der Anleitung von Annegret Keller-Steegmann eine Kinder- und Jugendbühne eingerichtet. Künstler, Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Ländern reizen gemeinsam ihre Stärken und Neigungen aus: Musik, Tanz, Videofilme drehen, Plakate zeichnen, Hintergründe und Requisiten herstellen. Öffentliche Gelder ermöglichen ein Minimum an Material und Fahrtkosten.

Wer einmal eine solche Produktion gesehen hat, für den wird für kurze Zeit die Vision vom friedlichen Miteinander Realität. Die Kinder, die dort zusammen unter Berücksichtigung ihrer Verschiedenheit etwas auf die Beine stellen, was sie alle stärker macht, fallen nicht mehr auf Rattenfänger herein. Ihr Eltern hoffentlich auch nicht.

Barbara Laakmann

HAMBURG. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben entschieden, dass „Senat und Bürgerschaft unverzüglich alle notwendigen Schritte“ zu unternehmen haben, „um die Hamburger Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wieder vollständig in die öffentliche Hand zu übernehmen.“ Der Volksentscheid hat auch die energiepolitischen Ziele dieser Rekommunalisierung festgelegt: „Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“ Die Linke Hamburg hat die Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“ von Anfang an tatkräftig unterstützt und gratuliert ihr zu diesem großartigen Ergebnis. Gilbert Siegler, energie- und umweltpolitischer Sprecher der Linken Hamburg: „Die Hamburgerinnen und Hamburger haben gezeigt, dass „die da oben“ doch nicht machen können, was sie wollen. Sie haben mit dem erfolgreichen Volksentscheid die Tür aufgestoßen zu einer neuen Energiepolitik Hamburgs, die Klimaschutz ermöglicht und Energiearmut verhindert. Ein wichtiger Schritt neoliberaler Privatisierung wird rückgängig gemacht. Jetzt gilt es, den SPD-Senat, der „in vertrauensvoller Zusammenarbeit“ mit dem Atom- und Braunkohlkonzern Vattenfall alles versucht hat, dieses Votum zu verhindern, zur vollständigen Umsetzung zu bewegen. Die Volksinitiative Unser Hamburg – unser Netz und zahlreiche HamburgerInnen werden sehr genau darauf achten, ob der Senat und die SPD-Fraktion „unverzüglich alle notwendigen Schritte“ unternehmen, um den Volkswillen umzusetzen. Und auch Die Linke und ihre Bürgerschaftsfraktion werden darauf achten, dass der SPD-Senat nicht versucht, das Ergebnis des Volksentscheids zu unterlaufen.“ Hamburg braucht neue Stadtwerke. Neben Hamburg Energie, Hamburg Wasser, den neuen Netzgesellschaften Strom und Gas sowie der Fernwärmegesellschaft sollten mittelfristig weitere öffentliche Unternehmen, z.B. die Hamburger Hochbahn, dazu gehören. Um konkrete Formen direktdemokratischer Einflussnahme zu entwickeln, müssen wir einen breiten gesellschaftlichen Diskurs organisieren. In diesen muss die Volksinitiative Unser Hamburg – unser Netz ebenso einbezogen werden wie Umwelt- und Sozialverbände und Gewerkschaften. Voraussetzung für demokratische Beteiligung ist umfassende Transparenz. Die Netz- und Fernwärmegesellschaften müssen – wie die Stadtwerke insgesamt – eine Rechtsform und Unternehmenssatzung erhalten, die eine umfassende Information von Bürgerschaft und Bevölkerung sicher stellt. Für die Beschäftigten, die im Rahmen eines Betriebsübergangs nach §613a BGB übernommen werden, fordern wir einen dauerhaften Bestandsschutz für sämtliche tariflich vereinbar-

ten Beschäftigungsbedingungen. www.die-linke-hamburg.de

Initiative der Linken nimmt Fahrt auf: KÖLN. Stadtentwicklungsausschuss beschließt Erlass von Milieuschutzsatzungen. In seiner heutigen Sitzung hat der Stadtentwicklungsausschuss die Verwaltung beauftragt, soziale Erhaltungssatzungen („Milieuschutzsatzungen“) zu erstellen. Diese Satzungen sollen für Wohnbereiche erlassen werden, die von Luxussanierungen und Mieterverdrängungen betroffen sind. Michael Weisenstein, Ratsmitglied und für Die Linke im Stadtentwicklungsausschuss, dazu: „In der Südstadt, im Agnesviertel, um den Rathenauplatz, an allen Ecken und Enden kaufen Investoren Häuser auf und legen Wohnungen zu Luxusapartments zusammen. Die bisherigen Mieter können sich die neuen Mieten nicht leisten und müssen ihre angestammten Veedel verlassen. Mit Milieuschutzsatzungen können wir die Mieter davor schützen.“ Die Linke hatte am 27.6.2013 einen Ratsantrag (0856/2013) gestellt, um die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zum Erlass von Milieuschutzsatzungen zu beauftragen. Dieser Antrag wurde vom Rat in die Fachausschüsse Stadtentwicklung und Soziales zur Behandlung nach der Sommerpause verwiesen. Einem späteren Antrag der Innenstadt-SPD folgend (0858/2013) forderte die BV Innenstadt in ihrer Julisitzung einstimmig den Stadtentwicklungsausschuss auf, die Verwaltung mit der Erstellung eines solchen Konzeptes zu beauftragen. Die Verwaltung erhöht nun sogar das Tempo und legt dem Stadtentwicklungsausschuss bereits zur heutigen Sitzung eine Beschlussvorlage (3173/2013) vor. Michael Weisenstein weiter: „Die große Resonanz auf unsere Forderung nach einer Milieuschutzsatzung hat mich überrascht und begeistert! Offenbar ist nach den heftigen Mietsteigerungen in Köln die Zeit reif für Gegenmaßnahmen. Es ist schön, dass nun ein breites Bündnis die sozialen Erhaltungssatzungen unterstützt und Mieter vor Mietsteigerungen und Verdrängung schützen will!“ www.linksfraktion-koeln.de

Forderungen des Städtetages an die neue Bundesregierung: BERLIN. Die Städte appellieren an die Parteien, trotz der schwierigen Ausgangslage nach der Bundestagswahl rasch eine stabile Regierung für die kommenden vier Jahre zu bilden. Der Deutsche Städtetag legte in Berlin seine Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung vor. Kernpunkte dabei sind eine stärkere Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben, höhere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, eine stärker steuernde Wohnungspolitik und eine bessere Koordinierung der Energiepolitik, damit die Energiewende

erfolgreich umgesetzt werden kann. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, sagte: „Die Städte sichern mit ihren Leistungen der Daseinsvorsorge und ihren Investitionen in die Infrastruktur zentrale Grundlagen für das städtische Leben und Wirtschaften und damit für einen großen Teil der Bevölkerung in Deutschland. Wir können Bund und Ländern daher mit Selbstbewusstsein gegenüberreten. Wir appellieren an die künftige Bundesregierung, ihre Politik kommunalfreundlich auszurichten und so der Rolle der Kommunen für die Menschen in unserem Land gerecht zu werden. Die Städte sind zu einer partnerschaftlichen und konstruktiven Zusammenarbeit bereit.“ Der Forderungskatalog des Deutschen Städtetages enthält zehn Hauptforderungen sowie einen ausführlichen Katalog. Als zentrale Punkte nannte Städtetagspräsident Maly: Die schwierige Finanzsituation strukturschwacher Städte ist nicht länger hinnehmbar und muss dringend verbessert werden. Dazu benötigen die Städte eine stärkere Entlastung bei den Sozialausgaben. Die Städte müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben ohne Haushaltsdefizite zu erfüllen. Die Städte fordern, einen Anlauf zur Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer zu unternehmen. Dadurch könnte größere Steuergerechtigkeit geschaffen werden, da Handwerker oder Mittelstand bereits Gewerbesteuer zahlen. Genau wie diese könnten Freiberufler Gewerbesteuerzahlungen auf die Einkommensteuer anrechnen lassen. Vorschläge zum Ersatz der Gewerbesteuer sind nach Auffassung der Städte ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung. In den Städten mit Bevölkerungszuwachs und angespannten Wohnungsmärkten müssen Anreize für den Wohnungsneubau gesetzt werden. Dies sollte etwa durch eine regional differenzierte, steuerliche Investitionszulage geschehen. Am 18. September 2013 beschloss das Präsidium des Deutschen Städtetages in Regensburg zehn Hauptforderungen sowie einen detaillierten Katalog mit Erwartungen und Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung. *Die Broschüre mit beiden Dokumenten ist als PDF abrufbar in der Rubrik „Beiträge zur Stadtpolitik“ (Band 100).* Die gedruckte Broschüre ist kostenfrei erhältlich solange der Vorrat reicht. Bestellung per E-Mail an: Bestellung@staedtetag.de. www.staedtetag.de
Auch der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund haben anlässlich der Bundestagswahl Vorschläge und Erwartungen an die neue Bundesregierung und den Bundestag publiziert. www.landkreistag.de; www.dstgb.de
(Zusammenstellung: ulj)

Europäische Arbeitsschutzpolitik: In der Defensive

Seit 1978 legt die EU sechsjährige Aktionsprogramme zum Arbeits- und Gesundheitsschutz vor, seit 2002 wurde ihr Titel in Strategie umgewandelt. Die frühen Aktionsprogramme waren konkreter und setzten klare Arbeitsaufgaben für die europäische Ebene, seit 1986 mit direktem Bezug zu den Verträgen, in denen das Ziel der Verbesserung und Harmonisierung der Arbeitsbedingungen durch europäische Richtlinien aufgenommen worden war. Mit der Umfirmierung in Strategie wurden die beschreibenden Teile länger, Ziele vager und mehr und mehr richteten sich die Anforderungen an die Mitgliedsstaaten und nicht mehr an die europäischen Einrichtungen.

Die letzte Strategie, die den Zeitraum 2007 bis 2012 umfasste, war damals vom EGB als schwächste jemals vorgelegt Strategie bezeichnet worden. Als einziges strategisches Ziel fand sich darin die Reduzierung der Unfälle um 25 %. Konkrete Ziele zur Reduzierung arbeitsbedingter Erkrankungen suchte man vergeblich. Auch die angekündigten Legislativmaßnahmen sind im Wesentlichen nicht umgesetzt worden. Die europäische Arbeitsschutzpolitik ist in die Defensive geraten.

Rahmenbedingungen der aktuellen Debatte

In einer Reihe von Wortmeldungen ist angemerkt worden, dass mit dem Einsetzen erst der Krise der Finanzmärkte und in der Folge der Krise der Realökonomie soziale Anliegen in die Defensive geraten sind, die Sicherung der Arbeitsplätze in den Fokus rückte und die Qualität der Arbeitsplätze in den Hintergrund – Hauptsache Arbeit!

Allerdings repräsentiert die Kommission in diesem Zusammenhang keine „Politik aus einem Guss“ in die Richtung: Plattmachen aller sozialen Errungenschaften. Die Politikansätze der diversen Generaldirektionen sind ungeordnet und präsentieren bei überlappenden Fragestellungen durchaus unterschiedliche, teils gegensätzliche Vorstellungen.

Der weitgehend gescheiterte Versuch der Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsschutz in anderen EU-Politiken zu verankern (ein allgemeines Ziel der letzten Strategie), ist offensichtlich Ausdruck handfester politischer Konflikte um konkrete politische Vorhaben in der EU. Eine solche Ausrichtung wird künftig aber kaum durch eine einmal zu treffende „richtige“ Grundsatzentscheidung („Soziales“ statt „Neoliberales Europa“) positiv festzulegen sein. Die Idee einer solchen Grundsatzentscheidung trifft die mittlerweile bestehende Komplexität der Rechtssetzungsverfahren (und damit des politischen Raumes) nicht.

Bedeutsam an dieser Komplexität ist

die Ausdifferenzierung der beteiligten Subsysteme. Bei der Rechtsetzung auf EU Ebene treten heute neben die Fachverwaltungen und die politischen Entscheidungsträger die beratende Fachgremien, Arbeitsgruppen der Mitgliedsstaaten, Prüfungsinstanzen und auch die Sozialpartner mit ihrer institutionell verankerten (starken) Rolle. Aber auch die Zivilgesellschaft ist über öffentliche Konsultationen (und institutionell) potenziell beteiligt. Es dürfte keine zu gewagte These sein, dass in diesem Geflecht und der dieses Geflecht tragenden Kommunikation, der Kampf um die Anerkennung der eigenen Position und deren Verankerung in der öffentlichen Meinung immer stärkeres Gewicht erlangt hat. Als Beispiel könnte die Gleichbehandlung dienen, die auf EU-Ebene Konjunktur hat. Wahrscheinlich ließe sich da trotz Krise und aller Sparappelle nicht einfach etwas zurückdrängen.

Quellen für die aktuelle Schwäche der Generaldirektion Beschäftigung (Sozialpolitik) finden sich schon in früheren Zeiten. Die Defensive ist eine lang anhaltende und resultiert in einer Art Kolonisierung der Generaldirektion, Beschäftigung durch andere Generaldirektionen und deren Imperative. Schon in den 90er Jahren begann unter Nutzung des schönen englischen Begriffs „red tape“ (Bürokratie) eine Debatte über die angeblich zu große Komplexität des europäischen Rechtsbestandes. Mit dem „Small Business Act“ wurde diese Debatte sowie die entsprechenden ideologischen Versatzstücke zu einer politischen Programmatik verdichtet, die wirkt. Eine Standardphrase in jeder Richtlinie ist heute, dass das jeweilige Rechtsinstrument zu keinem verwaltungstechnischen und finanziellen Mehraufwand für die kleinen und mittleren Unternehmen (> 98%) führen darf.

Bisheriger Gipfelpunkt ist in diesem Zusammenhang die Erstellung einer sogenannten Top 10 der administrativen Lasten. Die Unternehmen sind aufgerufen, per Internet die 10 von ihnen als besonders bürokratisch empfundenen Rechtsakte aus dem EU-Recht zu listen. Die Kommission ist verpflichtet, diese Liste zu bearbeiten. Und tatsächlich wird auch geprüft, und teils ist dies auch schon umgesetzt worden, kleine oder kleine und mittlere Unternehmen von Rechtsvorschriften der EU auszunehmen. So wird für diese Unternehmen in bestimmten Aspekten ein rechtsfreier Raum geschaffen. Vor diesem Hintergrund hat es jede Initiative auf zusätzliche oder neue rechtliche Anforderungen schwer.

Bestände

Blick man noch einmal auf die vorherige Kommissionsstrategie zurück, fällt auf,

dass die Kommission durchaus eine realistische Lagebeschreibung vorgenommen hatte. Ausdrücklich wurde auf Veränderungen in den Rahmenbedingungen des Arbeitsschutzes hingewiesen, vor allem auf Präkarisierungstendenzen und daraus resultierende Veränderungen in den Beschäftigungsformen sowie auf Veränderungen im Belastungsgeschehen, hier insbesondere mit Verweis auf steigende psychische Belastungen und Gefährdungen durch chemische Arbeitsstoffe. Der zweite Aspekt der damaligen Analyse war die allenthalben sichtbare Diskrepanz zwischen dem legislativen Bestand und dessen praktischer Umsetzung in den Betrieben, z.B. dem in den meisten Ländern niedrigen Anteil von Betrieben, die überhaupt Gefährdungsbeurteilungen durchführen.

Damit wurde richtigerweise auch ausgesagt, dass wesentliche Bereiche des Arbeitsschutzes durch EU-Recht abgedeckt sind. Dieser Rechtsbestand bleibt in meinen Augen nach wie vor ein starker Ausgangs- und Bezugspunkt für Aktivitäten und Initiativen von der betrieblichen bis zur europäischen Ebene.

Letzte Entwicklungen

Bis heute ist von der Kommission keine Dokument für eine neue Strategie (2013 – 2020) vorgelegt worden, und auf einer des EGB-Veranstaltung im März diesen Jahres ließ der zuständige Kommissars (Lázló Andor) offen, ob vor den Wahlen zum EU-Parlament (Mai 2014) überhaupt etwas vorgelegt wird.

Am 31. Mai hatte die Europäische Kommission dann allerdings ein öffentliches Konsultationsverfahren gestartet, das bis zum 26. August lief. Über 500 Antworten sind bei der Kommission eingegangen. Es wird sicher interessant werden, die Auswertung der Kommission zu dieser Konsultation zu lesen, sie ist aber auch ein weiterer Hinweis darauf, dass die Kommission nicht gewillt ist, zügig eine Strategie vorzulegen. Die Auswertung wird Zeit beanspruchen. Dann folgt die Debatte der Ergebnisse und dann die Aufnahme von Aspekten in das Kommissionsdokument.

Gegen diese Verschleppung hat es von verschiedenen Seiten den Versuch gegeben Druck aufzubauen, um die Kommission zu bewegen, endlich eine neue Strategie vorzulegen. Bereits am 8. 12. letzten Jahres hatte der Beratende Ausschuss für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Vertretung der Länder und der nationalen Unternehmerverbände und Gewerkschaften), die Kommission aufgefordert, endlich aktiv zu werden. Der EGB hatte dann das gleiche Anliegen in einer Entschließung vom 5./6. März diesen Jahres an die Kommission gerichtet. Darin wurden die Gesetzes-

vorhaben aufgelistet, die seit langem auf der Tagesordnung schmoren oder als dringlichste betrachtet wurden. Dazu zählen die Revision der Krebsrichtlinie, eine holistische Richtlinie zum Bereich der Muskel-Skeletterkrankungen, Aktivitäten im Bereich der psychosozialen Belastungen oder die Intensivierung der Arbeit, Fragen der Arbeitsorganisation sowie eine stärkere Partizipation der Beschäftigten.

Ausgearbeitet werden müsste von den Gewerkschaften jetzt eine Art politisches Pflichtenheft, das Bezugs- und Verknüpfungspunkte zu anderen EU-Politiken listet, die für den Arbeits- und Gesundheitsschutz relevant sind. Gerade vor dem Hintergrund eines weiteren Aufblühens der verschiedenen Formen prekärer Beschäftigung, der breiten Anwendung von chemisch basierten Produkten, neuen Technologien (Nano) oder Aspekten der Arbeitsorganisation

und der Arbeitsverdichtung, bräuchte es dringend eines holistischen Ansatzes in der europäischen Arbeitsschutzpolitik, der über den engen Handlungsraum der Generaldirektion Beschäftigung hinausweist und Spuren in anderen Feldern der EU-Politik hinterlässt.

Bezüglich der politischen Dynamik scheint es so, dass Druck heute vor allem von der nationalen Ebene her aufgebaut werden müsste. Der Beratende Ausschuss in Luxemburg kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Wichtig wären dabei auch operative Vorschläge der Gewerkschaften für die spezifischen Gegenstände, Sektoren, Betriebsstrukturen oder Unternehmensgruppen, die anschlussfähig für die Praxis der jeweiligen Zielgruppen sind. Ebenfalls von Belang wären Wortmeldungen der nationalen Regierungen/Fachministern, um die Kommission in Bewegung zu setzen. *Rolf Gehring*

Dokumentiert: Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa – Aktiver Staat: Zeit für eine sozial gerechte Politik. Resolution des DGB-Bundesausschusses vom 1. Okt. 2013

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben den Parteien vor der Bundestagswahl Vorschläge für einen Politikwechsel gemacht ... Unser Ziel ist es, in Deutschland eine neue Ordnung der Arbeit zu gestalten. Denn der deutsche Arbeitsmarkt ist tief gespalten. Wir wollen gute Arbeit schützen und ausbauen und prekäre Arbeit bekämpfen. Höchste Priorität haben für uns folgende Maßnahmen:

- die durch das Grundgesetz geschützte und über viele Jahrzehnte bewährte Tarifautonomie zu stärken. Dazu ist eine schnelle Gesetzesinitiative nötig, um die Hürden für Allgemeinverbindlicherklärungen abzusenken.
- sofort einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn mit einer Einstiegs Höhe von 8,50 Euro einzuführen und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen auszuweiten.
- umgehend den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu bekämpfen. Dazu ist es nötig, eine gesetzliche Klarstellung für den Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ herbeizuführen, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Leiharbeit und Werkverträgen zu stärken, in der Leiharbeit das Synchronisationsverbot wiederherzustellen, den Streikbrecher-Einsatz gesetzlich zu verbieten und die Überlassungsdauer auf eine klar bestimmte Zeit zu begrenzen.
- mit gesetzlichen Regelungen die Gleichbehandlung von Mini-Jobs mit anderen Arbeitsverhältnissen bei der Bezahlung, den übrigen Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherung herzustellen, den Kündigungsschutz auszubauen, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen, Befristungen mit Sachgrund einzugrenzen sowie einen wirksamen Beschäftigtendatenschutz zu gewährleisten.

- endlich ernst zu machen mit dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, indem sofort ein Entgeltgleichheitsgesetz verabschiedet wird.
- die Unternehmensmitbestimmung sowie die Mitbestimmung für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu stärken. Insbesondere bei der Personalplanung brauchen Betriebs- und Personalräte mehr Rechte.
- das bildungs-, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitisch schädliche Betreuungsgeld umgehend wieder abzuschaffen.
- die Gewerkschaften bei ihren Bemühungen um eine Anti-Stress-Verordnung und bessere Mitbestimmungsrechte zur Vermeidung und zum Abbau arbeitsbedingter Belastungen und Erkrankungen zu unterstützen.
- umgehend eine Ausbildungsinitiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu starten und ein Recht auf Ausbildung für alle jungen Menschen umzusetzen.
- Beschäftigte gegen Arbeitslosigkeit – gerade nach prekären Arbeitsverhältnissen – sozial besser abzusichern.
- das Hartz IV-System grundlegend zu reformieren und die Regelsätze zu erhöhen sowie die Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten an tarifliche oder mindestens ortsübliche Bedingungen zu binden ...

Der volle Forderungskatalog unter: www.dgb.de/btw2013/resolution

Durch ein ärgerliches Versehen ist in der Druckausgabe der PB 9 die Rubrik „Wirtschaftspresse“ aus PB 8 stehen geblieben. Richtig in der Internetfassung der PB 9 (S. 17) unter www.linkekritik.de, Periodika, Reihen. M.F.

Handel wünscht mehr Spielraum bei Ladenöffnungszeiten.

HDE-Presse, Mi., 18.9.13. Der Einzelhandelsverband veröffentlicht eine Umfrage unter 1200 Einzelhandelsunternehmen aller Branchen, Größen und Standorte zum Thema Ladenöffnungszeiten: „... Für die Unternehmen ist es wichtig, dass sie möglichst viele Freiheiten haben, um sich optimal an den Wünschen ihrer Kunden zu orientieren. Vor allem der stationäre Einzelhandel steht durch die 24-Stunden-Öffnung der Online-Shops unter Druck“, so HDE-Hauptgeschäftsführer S. Genth. Der HDE setzt sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Ladenöffnung und gelegentliche Sonntagsöffnung ein. „Die Kunden shoppen gerne an den verkaufsoffenen Sonntagen. Den Bedenken der Kirchen trägt der Handel dabei gerne Rechnung, indem die Öffnungszeiten erst nach den Gottesdienstzeiten beginnen“, so Genth weiter.

BDI beruhigt über Regierungskontinuität. *DW.de, Mo., 23.9.13.* Für U. Grillo, (BDI), ist zuletzt zu viel über Umverteilung geredet worden: „Wir haben in den letzten Monaten im Wahlkampf zu wenig über eine zielführende Wirtschafts- und Industriepolitik gesprochen“, sagte Grillo. Ansonsten aber sind die meisten Vertreter der Wirtschaft erst einmal froh, dass ein mögliches Wahlchaos mit unklaren Verhältnissen ausgeblieben ist. Im Gegenteil: Mit dem deutlichen Sieg der Unionsparteien CDU und CSU ist aus Sicht der Wirtschaft – unabhängig davon, welche Koalitionen sich bilden werden – ein Stück Kontinuität und damit auch Planungssicherheit erhalten worden.

Forderungskatalog des DIHK an die neue Bundesregierung. *Newsletter DIHK, Fr., 26.09.13* Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag fordert 1. Eine bezahlbare und sichere Energieversorgung. Energie sei in Deutschland zu teuer. Gefordert wird ein beschleunigter Netzausbau, die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und eine bessere Bund-Länder-Abstimmung beim gemeinsamen Punkt Energiewende. 2. Keine Steuererhöhungen, mehr Investitionen, weniger Staatskonsum. 3. Aus- und Neubaumaßnahmen bei Straßen in Höhe von 89 Mrd. Euro. Sanierung von Straßen, Schienen und Wasserwegen im Umfang von 45 Mrd. Euro. 4. Die demografische Entwicklung gefährde – trotz gutem dualen Bildungssystem – zunehmend die Verfügbarkeit von Fachkräften. Ein wichtiger Baustein für eine Fachkräftestrategie sei ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot von Kinderbetreuung und Ganztagschulen. 5. Eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf der europäischen Ebene und nationale Verantwortung für diese Politik müssten Hand in Hand gehen.

Zusammenstellung: rst

Veranstaltung zu 40 Jahre Ford-



Grafik von Joachim Römer

Am Wochenende 27./28.9. haben Kolleginnen von Ford, politische Aktivistinnen von damals und heute den Ford-Streik von 1973 noch einmal lebendig werden lassen und seine Folgen, die heutige Krisensituation und die Kämpfe in der internationalen Automobilindustrie mit den Kölner Besuchern und Aktivistinnen aus verschiedenen Ländern und Betrieben diskutiert.

Weit über 100 Leute waren am Freitag über vier Stunden lang bis 23 Uhr geblieben, um die teilweise bewegenden Berichten von 1973, aber auch die Debatten über die aktuelle Situation zu erleben.

Am Samstag wurden auf drei Workshops mit jeweils über 50 Leuten die Themen „Autonomie der Migration“, „Krise und Kritik der Automobilgesellschaft“ und die „Perspektive der Kämpfe in der europäischen Automobilindustrie und ihre globale Dimensi-

on“ bearbeitet.

Der musikalische Ausklang zum Schluss des Tages schlug noch einmal Grafik von Joachim Römer eine geniale Brücke von 1973 nach heute: Misch Steinbrück und Klaus der Geiger waren auf den Fotos von 1973 als Akteure der linken Kölner Kulturszene vor den Toren zu sehen und sie haben heute, nach 40 Jahren nichts von ihrer Kraft und Faszination eingebüßt. Es war ein außergewöhnliches Erlebnis, dass leider nur noch 50/60 Leute genießen konnten, die dann aber für ihr Bleiben reich belohnt wurden. Den Abschluss setzte „Gehörwäsche“ mit jungen Aktivisten auch von Ford und schlugen die Brücke zu denen, die die nächsten

40 Jahre gestalten.

Zum 50. sehen wir uns wieder – und hoffentlich auch mit Misch, Klaus und der Gehörwäsche – ich bin gespannt auf alle. Und dazwischen mischen wir auf unsern Plätzen noch ein wenig bis kräftig mit.

Eine besondere Beflügelung erfuhr die Erinnerung an den Streik durch die von Joachim Römer ausgearbeitete Fotoausstellung mit den Bildern von Ger not Huber. Sie ließen die Streikenden, ihren Mut, ihre Angespanntheit, ihre Demonstrationen und Debatten, aber auch ihre muntere Entspannung lebendig werden.

Hier dazu einige begleitende Textpassagen:



1. Die Werkstore

Die Tore waren die Schlüsselpositionen des Streiks. Hier entschied sich zu jedem Schichtwechsel neu, wie viele Kollegen von jeder Schicht ins Werk kommen, wie viele bleiben, wie viele gehen.

Kommen Mitstreikende oder Streikbrecher? Halten wir die Torkontrolle, der Werkschutz oder die Polizei? Als die Polizei die Tore besetzten, um den Zustrom von Streikenden zu unterbinden, wurde erst gerauft und gerempelt, dann wurden einfach an Tor 3 und 6 einige Torelemente ausgebaut. Danach war die Kontrolle von Ein- und Ausgang in der Hand der Streikenden. Management und Polizei nahmen es hin.

Zu jedem Schichtwechsel versammelten sich vor den Toren zahlreiche Kollegen. Die einen kamen zu ihrer Streikschrift, andere wollten arbeiten, oder sich vor Ort erkundigen, was los ist. Die aus der Türkei kamen meist rein, die Deutschen blieben meist draußen und gingen wieder nach Hause.

Es wurde geworben, gerufen, eingeladen, geschimpft, beschimpft, gerempelt und selten mal geschlagen.

Dort wurden täglich zahlreiche oder zahllose Flugblätter verteilt und dorthin kamen auch die Unterstützer: mit Musik, Theater, Speisen und Getränken.

2. Die Demonstrationen durchs Werk

Mit einer Demonstration ausgehend von der Y-Halle, durch die großen Hallen des Ostgeländes, über die Brücke,

durch die W-, R- und Z-Halle bis zum Platz vor dem M-Gebäude von Personalabteilung und BR, fing am Freitagnachmittag, 24.8. in der Spätschicht, alles an.

Am Montagmorgen, den 27.8., mit der Frühschicht wurde der Streik mit dieser Demonstration in gleicher Weise fortgesetzt.

Dieses „Ritual“ wurde täglich (mindestens) dreimal – nach jedem Schichtwechsel – wiederholt.

Es diente der Demonstration der eigenen Stärke, es waren jedes Mal Tausende beteiligt, es diente aber auch dem Einsammeln Unentschlossener, die sich in den Hallen eingefunden hatten um ggfs. die Arbeit aufzunehmen und auch dazu, den wenigen Streikbrechern klar zu machen, dass daraus nichts würde. Dabei kam es auch schon mal zu Rangeleien.

Wenn sich mancher auf der Gegenseite Hoffnung gemacht hatte, der Streik würde abflauen, so bewiesen die drei täglichen Demonstrationen eher das Gegenteil.

Die Demonstration am Donnerstagmorgen, 30.8., wurde dann von einer vom Werk organisierten Gegendemonstration in Zusammenarbeit mit dem BR und der Polizei angegriffen und mit ihr der Streik zerschlagen.

3. Die Versammlungen im Werk

Zu Schichtbeginn gab es jeweils Auftaktversammlungen vor der A-Halle. Danach begannen die Demonstration durch das Werk.

Weitere Versammlung gab es vor Tor 6 und auf dem Westgelände auf der Elbe-Allee am Tor 24.

Während der Demonstration wurde dort eine Art Kundgebung abgehalten, wo sich Kollegen auf der anderen Seite der Tore eingefunden hatten. Verschiedene Redner erläuterten die Situation und den Verhandlungs-, bzw. den Nicht-verhandlungsstand.

Höhepunkte waren dann die Auseinandersetzungen mit BR- oder Geschäftsführungsvertretern vor der Personalverwaltung im M-Gebäude.

4. Ort der Muße

Klar, die besonderen Aktionen während des Streiks waren die großen Versammlungen und Demonstrationen.

Man kann aber nicht 24 Stunden demonstrieren, debattieren und Reden schwingen.

Ruhe, Entspannung und Austausch waren wesentliche Momente des Streiks. Das Werk, das sonst mit Hetze, Antreiberei, Lärm und Hitze verbunden war, wurde als Ort der Ruhe und des Austauschs genossen.

Die Szenen ähnelten denen eines Dorf- oder Viertelsplatzes. Abends wurde musiziert, getanzt und wurden von Musik begleitete Geschichten erzählt.

Für Stunden war das Werk ein Ort des lebendigen Lebens und nicht der entfremdeten Antreiberei.

Foto Seite 19 oben: Peter Bach, Bilder unten von Gernot Huber



Zur Diskussion der Wahlergebnisse der Linken in München Stadt

Von Brigitte Wolf*

Gratulation: Über die Landesliste der Linken sind mit Klaus Ernst (Schweinfurt), Eva Bulling-Schröter (Ingolstadt), Nicole Gohlke (München) und Harald Weinberg (Nürnberg) vier Abgeordnete in den Bundestag eingezogen. Am Landtagswahlsonntag vorher konnten Reinhard Möller in Oberfranken, Uwe Schildbach in Mittelfranken, Angelika Strobel

in Unterfranken, Frederik Hintermayr in Schwaben und in unserem Regierungsbezirk Oberbayern Beate Jenkner ein Mandat in dem jeweiligen Bezirkstag erkämpfen. Wir gratulieren herzlich.

Schmerzliche Einschnitte. Leider blieb die Linke im Landesdurchschnitt bei den Landtagswahlen krass und auch bei den Bundestagswahlen noch deutlich in

Bayern unter 5%. Das macht die Ausdehnung der kommunalpolitischen Arbeit landesweit schwierig. Wo die Linke noch nicht im Kommunalparlament vertreten ist, müssen Bürgerinnen und Bürger sich bei der Behörde als Unterstützer/innen eintragen. Das gilt auch für die Wahl zu den Bezirksausschüssen in München. – Schade!

Wo steht die Münchner Linke im Wettbewerb der Parteien?

Wahl	Zeitpunkt	München	Obb	By
Kommunalwahl	März 2002	1,4%	./.	./.
Bundestagswahl	Sept. 2005	3,9%	3,0%	3,4%
Kommunalwahl	März 2008	3,7%	./.	./.
Landtagswahl,	Sept. 2008	5,2%	3,8%	4,4%
Bezirkstagswahl	Sept. 2008	5,1%	3,8	./.
Bundestagswahl	Sept. 2009	6,7%	5,4%	6,5%
Landtagswahl	Sept. 2013	2,3%	1,8%	2,1%
Bezirkstagswahl	Sept. 2013	3,4%	2,4%	./
Bundestagswahl	Sept. 2013	4,6%	3,5%	3,8%

Quellen, auch für die Schaubilder und die Tabellen S. 23:
www.muenchen.de/rathaus/Stadtfinfos/Statistik/Wahlen
sowie <https://www.statistik.bayern.de/wahlen/>

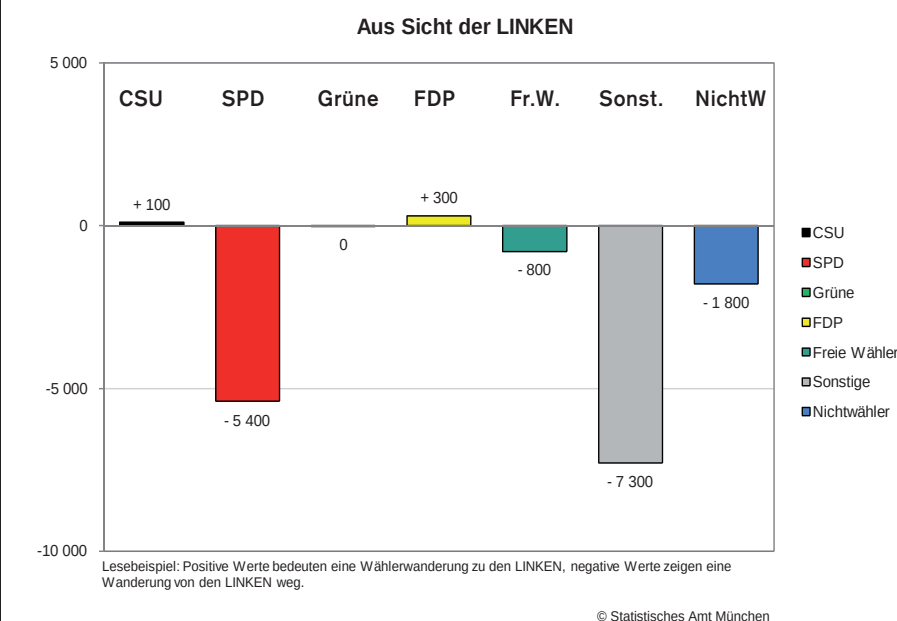
Wenn die Linke in München binnen 8 Tagen bei der Landtagswahl 2,3%, bei den Wahlen zum Bezirkstag 3,4% und bei den Wahlen zum Bundestag 4,6% erzielte, so macht das erstens sehr deutlich, dass eine Wahlentscheidung für die Linke sehr von den konkreten Chancen abhängt, tatsächlich Mandate zu erreichen. Zweitens geben uns Untersuchungen des Städtischen Amtes für Statistik zu den Wählerwanderungen Hinweise, an welchen Themen gearbeitet werden muss. Unterstreiche: Hinweise, denn die Berechnung der Wählerwanderungen ist statistisch schwierig und mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Zusätzlich zu den Grafiken, die die Bilanz der Wanderungsbewegungen aus der Sicht der Linken darstellen (Siehe S. 20 u. 21) haben wir deswegen auch noch die **Tabellen (S. 23)** abgedruckt, die das ganze Patchwork der politischen Landschaft erahnen lassen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die CSU in Bayern und die Union aus CDU und CSU im Bund haben ihren Erfolg erzielt, weil sie Stabilität versprochen und sich für soziale Anliegen immerhin offen zeigten. Die Linke hat sich bundesweit als soziale und friedenspolitische Gegenmacht halten können, freilich bei schmerzlichen Verlusten. Als Garant von Bürgerrechten und Plattform der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund ist die Linke nicht hervorgetreten, dies im Unterschied zu ihrem in diesen Anliegen an vielen Orten doch recht lebhaften Engagement. Bei Wahlen kommt es zuerst auf das Ergebnis an. Aber Wahlergebnis und Wählerwanderung können darüber hinaus auch Anregungen für die Verbesserung der Arbeit liefern. Deswegen diese Wanderung durch die Zahlenwelt der Wahlergebnisse in München.

Münchner Wählerwanderungen bei der Landtagswahl 2008 → 2013 (5,2% → 2,3%)

Siehe Schaubild S. 21 links. Den Sprung über die 5% in den Landtag traute der Linke bei dieser Wahl

Wählerwanderungen bei den Landtagswahlen 2008 und 2013 in München
Wählersalden aus Sicht der Parteien - Vorläufiges Zweitstimmenergebnis



* Der Artikel der Linken-Staträtin Brigitte Wolf wurde in der Ausgabe Nr. 45 von „MitLinks“, der Zeitschrift, die die Linke im Münchner Stadtrat zusammen mit dem Forum Linkie Kommunalpolitik München e.V. herausgibt, veröffentlicht.

kaum jemand zu. Ein Grund für die Abwanderung zur SPD (-5.400). Die Gerechtigkeitsdefizite bei Schwarz/Gelb haben tatsächlich [CSU- (+100) und FDP- (+300) Wähler] der Linken eine positive Wanderungsbilanz mit diesen Parteien verschafft, das Hin und Her mit den Grünen (+-0) blieb ausgeglichen, während die die Freien Wähler von der Linken gewannen (-800). Die umfangreichste Wanderung (-7.300) ergab sich zu den „Anderen“, vermutlich vor allem zu den Piraten. Ebenfalls verloren hat die Linke an die Nichtwähler (-1.800). Insgesamt blieb nur ungefähr ein Viertel der Landtagswähler von 2008 auch 2013 bei der Linken (Tabelle S. 22 oben).

Die persönlichen Erfahrungen im Wahlkampf ließen so herbe Verluste nicht erwarten. Zwar haben viele Wählerinnen und Wähler die innerparteilichen Wirren der letzten Jahre nicht vergessen, aber unser Engagement für soziale Gerechtigkeit und Frieden wurden doch ermutigt und gelobt.

Münchner Wählerwanderungen Bundestagswahl 2009 → 2013 (6,7% → 4,6%)

Siehe Schaubild S. 22, unten. Die Ergebnisse der Bundestagswahlen stimmen mit den persönlichen Erfahrungen viel besser überein, denn sie zeigen Verluste und Enttäuschung, auch bei freundlich Gesonnenen, aber das Vertrauen überwiegt letzten Endes. Bei diesen Wahlen wurde die Linke in allen Umfragen erheblich über 5% gesehen. So entfiel dieser Grund für die Abwanderung zur SPD, die dementsprechend schwächer ausgefallen ist (-3.000). Die Wanderungsbilanz mit den GRÜNEN wurde eindeutig positiv (+2.500), was

für die soziale und friedenspolitische Kompetenz der Linken spricht. So wie schon bei den Landtagswahlen machte die Linke auch bei CSU- (+400) und FDP- (+700) orientierten Leuten Punkte. Viele Linke-Wähler von 2009 (-3.600) stimmten allerdings für die europafeindliche AfD, (die bei den Landtagswahlen nicht angetreten war).

Dramatisch ist auch, dass die Mobilisierung von Nichtwählern, die uns bei dem guten Wahlergebnis von 2009 gelungen war, nicht zu stabilen politischen Bindungen führte. Eine große Zahl (-9.500) ging in die Nichtwählerschaft zurück. Gleichwohl hat bei dieser Wahl immerhin etwa die Hälfte der Wähler bereits 2008 für die Linke gestimmt (Tabelle S. 22 unten).

Fazit:

1. Nach der Landtagswahl

In Bayern ist die Strategie der Ablösung der CSU durch ein Bündnis aus SPD, Grünen und Freien Wählern definitiv gescheitert. Bayernweit ist es der SPD nicht einmal gelungen, die Prozenz hinzuzugewinnen, die bei den Grünen und auch bei uns verloren gingen.

Insgesamt zeigen sich im Parteiensystem in Bayern weitere Tendenzen zur Aufsplitterung. Ein erheblicher Teil der politisch engagierten Kräfte bewegt sich außerhalb des Landtags. Im Parteienspektrum eher rechts von der Mitte sehen wir mit den neuen FRANKEN und der Bayernpartei regionalistische Ansätze gestärkt. Eher links von der Mitte sind die Piraten ins Spiel gekommen, denen die große Mobilisierung versagt blieb. Die

ödp mit ihrer besonderen Stärke in Kampagnen der direkten Demokratie bleibt eine Kraft. Die Linke sollte bei ihrem Engagement in den außerparlamentarischen Bewegungen bleiben und Bündnismöglichkeiten bei Bürgerbegehren und Volksentscheiden nutzen.

2. Nach den Bezirkstagswahlen

Da bei den Bezirken die 5%-Klausel nicht gilt, machte es für die Wählerschaft Sinn, die geleistete Arbeit für soziale Gerechtigkeit zu honorieren. Im Stadtgebiet München schneidet die Linke hier mit 3,4% deutlich besser ab als bei den gleichzeitigen Landtagswahlen (2,3%). Wir sollten die Berichterstattung über dieses wichtige Politikfeld beständig verbessern.

3. Nach den Bundestagswahlen

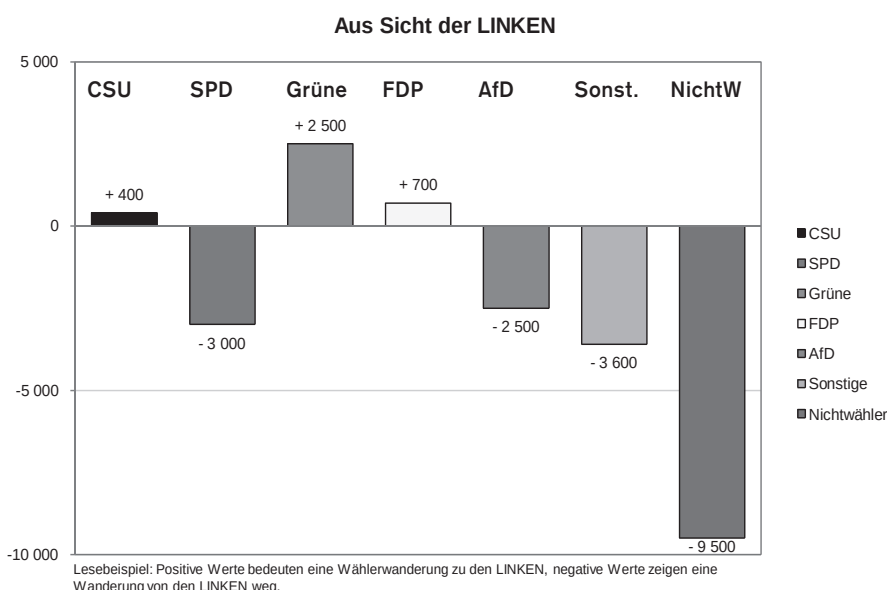
Bundesweit sind FDP, AfD und auch die Freien Wähler an der 5%-Hürde gescheitert. Die rechtsextremen Parteien haben in der breiten öffentlichen Meinung Geltung verloren, bleiben aber aktiv und aggressiv. Die Untersuchung der Wählerwanderungen in München macht darüber hinaus beispielhaft deutlich, dass die Wählerinnen und Wähler an ihre Parteien nur zum geringeren Teil bekenntnishaft gebunden sind. Sie schauen genau hin, ob die konkrete Arbeit passt, ob die Perspektive passt und ob die taktische Lage passt.

Landespolitik Adieu? Bloß nicht!

Das äußerst schwache Ergebnis bei den Landtagswahlen legt die Frage nahe, ob sich die Linke nicht besser auf Kommunal- und Bundespolitik konzentrieren sollte. Andererseits haben Probleme der Münchner Kommunalpolitik fast immer mit der Politik der Landesregierung zu tun. Dies gilt vor allem für die heiß umstrittenen Fragen der Siedlungsentwicklung und der Verkehrsplanung, und dies gilt auch für den Kampf um Menschenrechte und gegen Rassismus. In der CSU sehen sehr viele Wählerinnen und Wähler einen Garanten der wirtschaftlichen Entwicklung. Aber die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auf. In den Großstädten entstehen soziale und menschenrechtliche Schattenzonen, in vielen Landgebieten gibt es Abwanderung. Die CSU wird ihr Wohlfahrtsversprechen nicht einlösen können. Im Landtag dominiert sie SPD, Grüne und Freie Wähler locker. Erfolge sozialer Bewegungen werden nur auf dem weiten und anstrengenden Feld der Kampagnen und direkter Demokratie zu erreichen sein und: in der kommunalen Politik.

Wir freuen uns auf die Kommunalwahlkampagne!

Wählerwanderungen bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 in München
Wählersalden aus Sicht der Parteien - Vorläufiges Zweitstimmenergebnis



Wählerwanderungen bei den Landtagswahlen 2008 und 2013 in München

(berechnet nach der eiPack- Methode (Multinomial-Dirichlet-Modell nach Rosen et al. in der r-Implementierung von Lau et al.))

Vorläufiges Ergebnis - Zweitstimmen

2008 haben ...% der Wahlberechtig- tigten ... gewählt	2013 haben ...% der Wahlberechtigten ... gewählt								
	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler	Sonstige	Nicht- wähler	insgesamt
CSU	92,4%	1,2%	0,9%	0,8%	0,6%	0,7%	0,9%	2,5%	100,0%
SPD	5,0%	88,0%	0,9%	0,7%	0,6%	0,8%	1,6%	2,3%	100,0%
Grüne	1,3%	22,7%	68,6%	2,2%	0,8%	1,4%	2,0%	1,0%	100,0%
FDP	38,6%	9,2%	1,7%	36,4%	1,0%	7,7%	3,6%	1,9%	100,0%
Linke	2,9%	23,3%	2,6%	1,3%	25,2%	4,4%	29,0%	11,3%	100,0%
Freie Wähler	19,5%	4,7%	2,0%	1,4%	1,8%	44,4%	20,1%	6,0%	100,0%
Sonstige	10,2%	4,9%	2,0%	1,5%	2,2%	7,6%	55,9%	15,6%	100,0%
Nichtwähler	4,2%	8,8%	0,9%	0,7%	0,3%	0,4%	0,6%	84,2%	100,0%

Lesebeispiel: 92,4% der CSU-Wähler von 2008 haben 2013 wieder die CSU gewählt. 1,2% der CSU-Wähler von 2008 haben 2013 ihre Stimme der SPD gegeben. 5,0% der SPD-Wähler von 2008 haben bei der Landtagswahl 2013 die CSU gewählt.

© Statistisches Amt München

Wählerwanderungen bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 in München

(berechnet nach der eiPack- Methode (Multinomial-Dirichlet-Modell nach Rosen et al. in der r-Implementierung von Lau et al.))

Vorläufiges Ergebnis - Zweitstimmen

2009 haben ...% der Wahlberechtig- tigten ... gewählt	2013 haben ...% der Wahlberechtigten ... gewählt								
	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Sonstige	Nicht- wähler	insgesamt
CSU	90,1%	1,0%	0,8%	0,8%	0,6%	0,8%	0,9%	4,9%	100,0%
SPD	1,6%	88,9%	0,9%	0,8%	0,9%	1,5%	1,3%	4,1%	100,0%
Grüne	1,7%	17,2%	71,0%	1,2%	2,7%	0,9%	2,0%	3,4%	100,0%
FDP	36,5%	6,0%	1,1%	36,8%	1,0%	11,2%	4,1%	3,3%	100,0%
Linke	2,1%	9,3%	1,4%	1,0%	45,1%	5,7%	10,7%	24,7%	100,0%
Sonstige	2,5%	5,6%	1,3%	1,0%	2,5%	15,3%	67,2%	4,6%	100,0%
Nichtwähler	1,2%	1,8%	0,9%	0,6%	0,6%	0,7%	0,8%	93,3%	100,0%

Lesebeispiel: 90,1% der CSU-Wähler von 2009 haben 2013 wieder die CSU gewählt. 1,0% der CSU-Wähler von 2009 haben 2013 ihre Stimme der SPD gegeben. 1,6% der SPD-Wähler von 2009 haben bei der Bundestagswahl 2013 die CSU gewählt.

© Statistisches Amt München

Wo steht die Münchner Linke im Wettbewerb der Parteien? Aus: www.muenchen.de/rathaus/Stadinfos/Statistik/Wahlen

Inhalt

Aktuell

Flüchtlingspolitik der EU: Erbärmlich • Mit Gauck ins volle Risiko? • Problem für Grün-Rot: Versprochen, gehalten

Rückwirkungen auf die Parteien und auf Regierungsziele

Stellungnahmen zu den Sondierungsverhandlungen

Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013 – Wahlbericht und erste Analyse

Auslandsnachrichten

Polen: Gewerkschaften gegen Regierungspolitik • Schweiz: Beschäftigte im Reinigungsgewerbe streiken • Schweiz: Lidl hebt den Mindestlohn auf 4000 Franken • Großbritannien: Unterstützung für Royal Mail Streik • Griechenland: Solidarität mit den streikenden Lehrkräften • Kolumbien: Schutz für Gewerkschaftsführer • ILO meldet Erfolge beim Kampf gegen Kinderarbeit Tausende Menschen gehen für eine sozialere und gerechtere Steuerpolitik auf die Straße

Aktionen ... Initiativen

Gentechnik möglich: Kritik an EU-Agrarpolitik und Aigner • 19 Stunden schufteten für Lidl! • Rage Against Abschiebung • Atomkraftgegner fordern: AKW statt Gaskraftwerke stilllegen • MDG-Gipfel: Positives Signal aus New York • Keine „Schutzzölle“ gegen internationale Studierende in Baden-Württemberg • Nationale Strategie zur Überwindung von Wohnungsnot und Armut

Mannheim: Bürgerentscheid zur Bundesgartenschau im Jahr 2023

Deutzer Hafen: Hochwasserschutz beachten!

Roma in Bergheim

Kommunale Politik

Hamburg. Volksentscheid Energieversorgung. • Initiative der Linken nimmt Fahrt auf: Köln. • Forderungen des Städtetages an die neue Bundesregierung: Berlin.

Europäische Arbeitsschutzpolitik: In der Defensive

Dokumentiert: Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa – Aktiver Staat: Zeit für eine sozial gerechte Politik. Resolution des DGB-Bundesausschusses vom 1. Okt. 2013

Wirtschaftspresse

Veranstaltung zu 40 Jahre Ford-Streik

Zur Diskussion der Wahlergebnisse der Linken in München Stadt

Veranstaltung mit der AG Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, Hamburg am 1. November Parteiensystem in Deutschland und die Europawahlen

Freitag, den 1. November 2013, um 17 Uhr, Hamburg, Buceriusstr. 2, Fraktion Die Linke, auf Einladung von Christiane Schneider.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, aufbauend auf der „Linken Schule“ der „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ Kurs Kulturwissenschaften / Philosophie.

Teilnahme von Dr. Harald Pätzold und Christiane Schneider.

Zeitplan: Beginn 17 Uhr, Pause gegen 19 Uhr, Fortsetzung bis ca. 22 Uhr.

Themen:

1. Demokratie – Steuerung komplexer Gesellschaftssysteme.

Entwicklungen der Lebensumstände in Deutschland führen zu programmatischen Antworten der politischen Akteure. Widerspiegelung und Formulierung in und durch die Parteien in

Deutschland. Versuch einer vorsichtigen Diskussion der diversen Wahlergebnisse.

2. Europawahl Mai 2014 und Parteiensystem in Deutschland.

Linke Politik gegenüber den Europäischen Institutionen.

3. Politik der Rechten und faschistische Formierung in Europa.

Anmeldung bitte über eva.detscher@web.de.

Informationen zur Winterschule 2014 von 2. bis 4. Januar in Erfurt

Die Winterschule 2014 beginnt am Donnerstag, 2.1. (14 Uhr), und dauert bis Samstag, 4.1. (18 Uhr). Beide Abende werden voraussichtlich mit Veranstaltungen (u.a. ArGe-Mitgliederversammlung) belegt sein. Dies bitte bei den Seminarzeiten berücksichtigen.

Tagungsort

Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 4 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Kosten

Die Kosten für Ü/F betragen ca. 29,50 Euro + ca. 1 Euro Kurtaxe pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Anmeldung

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen bitte bis 1. Dezember und nur bei:

hanne-reiner@onlinehome.de oder

telefonisch 030-39808805.

Wir bitten darum, die An- und Abfahrtszeiten so zu legen, dass der Seminarzeitraum voll ausgeschöpft werden kann und nicht durch frühere Abfahrtszeiten weiter reduziert wird.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 7. November 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 1. November.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine:

5. Dezember, 16. Januar 2014, 12. Februar.